Rozporządzenie dotyczące organizacji Żydowskiego T-wa

http://rcin.org.pl

http://rcin.org.pl

Verordnung

die Organisation der jüdischen Religionsgesellschaft im Generalgouvernement Warschau betreffend

◆ ◆ ◆ ◆

Rozporządzenie

dotyczące organizacji Żydowskiego Towarzystwa Religijnego w Generał-Gubernatorstwie Warszawskiem

◆ ◆ ◆ ◆

פעראָרדנונג

וועגען דער אָרגאַניזאַציע פון דער יודישער רעליגיאָנס-געזעלשאַפט אין גענעראַל-גובערנעמענט חארשא.

◆ ◆ ◆ ◆

http://rcin.org.pl

http://rcin.org.pl

Egz. archiwalny IBL

Verordnung

die

Organisation der jüdischen Religionsgesellschaft im Generalgouvernement Warschau betreffend

INSTYTUT
BADAŃ LITERACKICH PAN
BIBLIOTEKA
00-330 Warszawa, ul. Nowy Świat 72
Tel. 26-68-63

http://rcin.org.pl

22.757

http://rcin.org.pl

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Die Juden des Generalgouvernements Warschau bilden eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts.

Die Religionsgesellschaft gliedert sich in Gemeinden und Kreisgemeinden. An ihrer Spitze steht der Oberste Rat der Juden.

Die Gemeinden und Kreisgemeinden, sowie die Religionsgesellschaft als solche haben Korporationsrechte und die Befugnis, ein Amtssiegel zu führen.

Die jüdische Gemeinde.

§ 2.

Die in einer politischen Gemeinde wohnenden Personen jüdischen Glaubens bilden eine jüdische Gemeinde.

Die staatliche Aufsichtsbehörde kann jedoch nach Anhörung des Obersten Rats der Juden mehrere politische Gemeinden zu einer jüdischen Gemeinde vereinigen oder eine politische Gemeinde in mehrere örtlich getrennte jüdische Gemeinden zerteilen.

Aufgaben der jüdischen Gemeinde.

§ 3.

Die jüdische Gemeinde hat unbeschadet der Rechte und Pflichten des Staats und seiner Selbstverwaltungskörper folgende Aufgaben zu erfüllen: kleinen

1. die Pflege des religiösen Lebens;
2. die Erziehung der Jugend;
3. die Armenpflege und soziale Fürsorge;
4. die Verwaltung des Gemeindevermögens;
5. die Aufsicht innerhalb der Gemeinde über alle Einrichtungen und Anstalten, namentlich Synagogen und

http://rcin.org.pl

Betstätten des jüdischen Kultus, über die Kultusvereine (§ 44 ff.) und über die Verwaltung der jüdischen Stiftungen und Wohltätigkeitsvereine.

Die jüdische Gemeinde hat insbesondere, soweit nicht dem Bedürfnisse anderweitig genügend Rechnung getragen ist, Synagogen, Ritualbäder und Friedhöfe zu errichten und zu unterhalten. Sie hat für Beschaffung ritualmäßigen Fleisches Sorge zu tragen.

Es liegt ihr ferner ob, solange nicht dem Bedürfnis anderweitig genügend Rechnung getragen ist, durch eine ausreichende Anzahl von Schulen für die Bildung der jüdischen Jugend Sorge zu tragen. Als Schulen gelten auch Religionsschulen (Chederschulen), soweit sie ein genügendes Maß von Elementarunterricht erteilen.

Der Vorstand der jüdischen Gemeinde und seine Wahl.

§ 4.

Die jüdische Gemeinde wird durch einen Vorstand verwaltet, der aus dem Gemeinderabbiner und aus vier gewählten Mitgliedern besteht.

§ 5.

Der Vorstand wird in direkter und geheimer Wahl auf die Dauer von 4 Jahren nach dem Grundsatz der einfachen Stimmenmehrheit gewählt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Das aktive Wahlrecht ist an folgende Voraussetzungen geknüpft:

1. jüdische Religion;
2. Vollendung des 25. Lebensjahres;
3. männliches Geschlecht;
4. ununterbrochener Wohnsitz innerhalb der jüdischen Gemeinde seit wenigstens 2 Jahren;
5. Kenntnis im Lesen und Schreiben;
6. Zahlung von Umlagen zur jüdischen Gemeinde.

Ziffer 6 findet keine Anwendung auf Personen, die auf Grund ihrer amtlichen Stellung von den Umlagen befreit sind.

http://rcin.org.pl

Das Wahlrecht ruht während der Dauer des Konkursverfahrens, des Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte, der Entmündigung und für die Dauer einer Freiheitsstrafe.

§ 6.

Das passive Wahlrecht ist außer den Voraussetzungen des § 5 an folgende Nachweise geknüpft:

1. Vollendung des 30. Lebensjahres;
2. bürgerliche Unbescholtenheit.

§ 7.

Gegen die Wahl eines Vorstandsmitgliedes hat jedes Gemeindemitglied, das das aktive Wahlrecht besitzt, wegen Verletzung der in dieser Verordnung enthaltenen Bestimmungen das Recht der Beschwerde an den Verwaltungsrat der Kreisgemeinde. Die Beschwerde ist binnen einer Notfrist von 14 Tagen einzulegen. Die Notfrist beginnt mit der öffentlichen Feststellung des Wahlergebnisses.

Gegen die Entscheidung des Verwaltungsrats hat der Beschwerdeführer das Recht der weiteren Beschwerde an den Obersten Rat der Juden. Die weitere Beschwerde ist binnen einer Notfrist von 14 Tagen einzulegen. Die Notfrist beginnt mit der Zustellung der Verfügung des Verwaltungsrats.

§ 8.

Jede Gemeinde hat einen Rabbiner anzustellen, der durch direkte und geheime Wahl der Gemeindemitglieder, die das aktive Wahlrecht besitzen, nach dem Grundsatze der einfachen Stimmenmehrheit gewählt wird.

Die Verwaltung der jüdischen Gemeinde.

§ 9.

Der Vorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, der die Vorstandssitzungen einberuft und leitet. In seiner Verhinderung wird er durch das älteste Vorstandsmitglied vertreten.

§ 10

Der Vorstand vertritt die Gemeinde in allen Rechtsgeschäften. Urkunden, welche die Gemeinde verpflichten

http://rcin.org.pl

sollen, bedürfen der Unterschriften des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters und von zwei weiteren Vorstandsmitgliedern. Auf die Urkunden ist das Siegel der jüdischen Gemeinde zu drücken.

§ 11.

Der Vorstand kann für einzelne Aufgaben Ausschüsse ernennen, in die er auch dem Vorstand nicht angehörende Personen berufen kann. Der Vorsitzende hat das Recht, allen Ausschußsitzungen mit beratender Stimme beizuwohnen.

§ 12.

Der Vorstand hat für jedes Rechnungsjahr einen Haushaltsplan aufzustellen und die Umlagen auf die Gemeindemitglieder in einer namentlichen Liste zu verzeichnen.

Haushaltsplan und Umlageliste bedürfen der Genehmigung des Obersten Rats der Juden vorbehaltlich der Ueberweisung dieser Aufgabe an den Verwaltungsrat der Kreisgemeinde. (§ 43.)

§ 13.

Haushaltsplan und Umlageliste sind 8 Tage zur Einsichtnahme der Gemeindemitglieder auszulegen; die Auslegung ist vorher in geeigneter Weise öffentlich bekannt zu machen.

Nach Ablauf einer weiteren Woche sind unter Anschluß der eingekommenen Beschwerden Haushaltsplan und Umlageliste an den Verwaltungsrat der Kreisgemeinde einzureichen, der sie, falls er nicht selbst gemäß § 43 zu entscheiden hat, mit seinen Bemerkungen und Anträgen versehen an den Obersten Rat weiterleitet. Beschwerden, die nach Ablauf der zweiten Woche erhoben werden, können von den Beschwerdeinstanzen als verspätet zurückgewiesen werden.

Die jüdischen Großgemeinden.

§ 14.

Für jüdische Gemeinden, die mehr als 5000 jüdische Einwohner zählen, kann die staatliche Aufsichtsbehörde die Einführung einer besonderen Verwaltungsorganisation für Großgemeinden in Gemäßheit der §§ 15—25 anordnen.

http://rcin.org.pl

Die Landeszentralbehörde kann bestimmen, daß eine Großgemeinde aus der Kreisgemeinde ausscheidet und unmittelbar dem Obersten Rat der Juden untersteht.

Ueber diese Maßnahmen ist zuvor der Oberste Rat zu hören.

Die Bestimmungen über die Gemeinden finden auf die Großgemeinden sinngemäße Anwendung.

§ 15.

Die Gemeinde wird verwaltet durch die Gemeindebevollmächtigten und den Verwaltungsrat.

Die Zahl der Gemeindebevollmächtigten und der Mitglieder des Verwaltungsrates bestimmt die staatliche Aufsichtsbehörde.

Der Verwaltungsrat besteht aus mindestens fünf und bei unmittelbaren Großgemeinden aus mindestens acht Mitgliedern.

Außerdem ernennt die staatliche Aufsichtsbehörde in den Verwaltungsrat der unmittelbaren Großgemeinden drei weitere Mitglieder, die in der Gemeinde das passive Wahlrecht besitzen (§ 6).

Die Gemeindebevollmächtigten und der Verwaltungsrat.

§ 16.

Die Gemeindebevollmächtigten werden durch die wahlberechtigten Mitglieder der jüdischen Gemeinde gewählt (§ 5).

§ 17

Die Wahl erfolgt in zwei Wahlkurien.

In der ersten Wahlkurie sind wahlberechtigt die Wähler, die Hochschulbildung besitzen oder eine sechsklassige Mittelschule oder eine staatlich anerkannte Fachschule zur Ausbildung von Handwerkern oder Landwirten mit Erfolg besucht haben oder denen ein vom Obersten Rat der Juden anerkanntes Kollegium den Rabbinertitel verliehen hat.

§ 18.

Jede Wahlkurie wählt dieselbe Zahl von Bevollmächtigten. Die Wahl erfolgt in beiden Kurien nach dem Grundsatze der Verhältniswahl.

http://rcin.org.pl

Sämtliche Wähler haben in ihren Kurien das gleiche Stimmrecht.

Die Wahl ist geheim.

§ 19.

Die Gemeindebevollmächtigten wählen nach dem Grundsatze der Verhältniswahl den Verwaltungsrat.

§ 20.

Die Gemeindebevollmächtigten und der Verwaltungsrat werden auf 4 Jahre gewählt.

§ 21.

Die Beschwerde des § 7 gegen die Wahl der Gemeindebevollmächtigten steht jedem wahlberechtigten Gemeindemitglied, die Beschwerde gegen die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrats jedem Gemeindebevollmächtigten zu.

§ 22.

Verwaltungsrat und Gemeindebevollmächtigte wählen ihre Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden nach dem Grundsatze der einfachen Stimmenmehrheit. Die Wahl bedarf der Bestätigung der staatlichen Aufsichtsbehörde. Wird die Bestätigung dreimal versagt, so ernennt die staatliche Aufsichtsbehörde die Vorsitzenden.

§ 23.

Die Versammlung der Gemeindebevollmächtigten beschließt über folgende Angelegenheiten:

1. Genehmigung des Haushaltsplans;
2. Umlagefestsetzung und Erlaß von Verordnungen über die Erhebung von Umlagen, Gebühren und sonstigen Abgaben;
3. Aufnahme von Anleihen;
4. Aufwendungen außerhalb des Haushaltsplans, deren Betrag in dem betreffenden Jahre 3000 Mark übersteigt;
5. Begründung und Errichtung oder grundsätzliche Veränderung von Gemeindeanstalten;
6. Erlaß allgemein verbindlicher Vorschriften und Statuten in Gemeindeangelegenheiten;
7. Veränderungen im Bestande des Grund- und Gebäudevermögens der Gemeinde;

http://rcin.org.pl

8. Wahl des Gemeinderabbiners;
9. Besondere Angelegenheiten, deren Bearbeitung den Gemeindebevollmächtigten durch die staatliche Aufsichtsbehörde oder den Verwaltungsrat überwiesen worden ist.

Die Beschlußfassung der Gemeindebevollmächtigten in diesen Angelegenheiten erfolgt auf Grund von Vorlagen des Verwaltungsrats. Die Gemeindebevollmächtigten haben das Recht, gegen die Geschäftsführung des Verwaltungsrats Einspruch zu erheben. Kommt eine Einigung zwischen Verwaltungsrat und Gemeindebevollmächtigten nicht zustande, so entscheidet der Oberste Rat.

Der Verwaltungsrat nimmt an der Sitzung der Gemeindebevollmächtigten mit beratender Stimme teil.

§ 24.

Der Verwaltungsrat führt die gesamte Verwaltung der Gemeinde, soweit nicht im vorstehenden Paragraphen Verwaltungshandlungen den Gemeindebevollmächtigten übertragen sind.

Rabbinatsbezirke.

§ 25.

Der Oberste Rat der Juden hat das Recht, mit Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde die Großgemeinden in mehrere Rabbinatsbezirke einzuteilen.

Jeder Rabbinatsbezirk muß mit einem Rabbiner besetzt sein, den die Gemeindebevollmächtigten mit einfacher Stimmenmehrheit wählen.

Die Versetzung des Rabbiners in einen anderen Rabbinatsbezirk darf wider seinen Willen nur mit Genehmigung des Obersten Rats erfolgen.

Die jüdische Kreisgemeinde.

§ 26.

Die im Bereich eines Kreises gelegenen Gemeinden bilden eine Kreisgemeinde vorbehaltlich der Bestimmung in § 14 Absatz 2.

Die Landeszentralbehörde kann mehrere Kreise zu einer Kreisgemeinde vereinigen.

http://rcin.org.pl

Sitz der Kreisgemeinde ist vorbehaltlich anderer Bestimmung durch die Landeszentralbehörde der Sitz des Kreischefs. Erstreckt sich die Kreisgemeinde über das Gebiet mehrerer Kreise, so wird ihr Sitz von der Landeszentralbehörde bestimmt.

§ 27.

Die Kreisgemeinde errichtet und unterhält Anstalten und Einrichtungen, die für die Kreiseingesessenen gemeinsam sind, insbesondere Krankenhäuser, Waisenhäuser und Erziehungsanstalten. Die Kreisgemeinde überwacht die Tätigkeit der einzelnen Gemeinden. Sie unterstützt leistungsschwache Gemeinden innerhalb des Kreises. Sie vertritt die Interessen der Kreisgemeinde und der Einzelgemeinden vor den staatlichen Kreisstellen.

Die Verwaltung der jüdischen Kreisgemeinde.

§ 28.

Die Verwaltung der Kreisgemeinde erfolgt durch einen Verwaltungsrat. Er besteht aus 11 Angehörigen der jüdischen Religionsgesellschaft, von welchen drei Rabbiner sein müssen.

§ 29.

Drei Mitglieder des Verwaltungsrats ernennt die staatliche Aufsichtsbehörde.

Fünf weltliche und drei rabbinische Mitglieder werden durch Wahlmänner der Gemeinden des Kreises gewählt.

Wahlmänner ihrer Gemeinden sind die Vorstandsmitglieder der Gemeinden und die Verwaltungsräte der nicht dem Obersten Rat unmittelbar unterstellten Großgemeinden. Hat der Verwaltungsrat einer Großgemeinde mehr als fünf Mitglieder, so wählen die von der ersten Wahlkurie und die von der zweiten Wahlkurie gewählten Gemeindebevollmächtigten getrennt je zwei Wahlmänner aus den Mitgliedern des Verwaltungsrats mit einfacher Stimmenmehrheit. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats und in seiner Behinderung dessen Stellvertreter tritt als fünfter Wahlmann hinzu.

http://rcin.org.pl

Die Wahl des Verwaltungsrats der Kreisgemeinde erfolgt nach dem Grundsatze der Verhältniswahl; sie ist geheim.

Die Wahlmänner haben für je 5000 jüdische Einwohner ihrer Gemeinde eine Wahlstimme. Bei der Berechnung der Wahlstimmen wird die Ziffer der jüdischen Bevölkerung von 5000 zu 5000 jeweils nach oben abgerundet.

Zu Mitgliedern des Verwaltungsrats können nur Personen ernannt oder gewählt werden, die in ihrer Gemeinde das passive Wahlrecht besitzen (§ 6).

Der Wahlmann kann mit schriftlicher Vollmacht sein Stimmrecht auf einen anderen Wahlmann übertragen.

Die Wahl und die Ernennung der Mitglieder des Verwaltungsrats erfolgt auf die Dauer von vier Jahren.

§ 30.

Der Verwaltungsrat wählt seinen Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden mit einfacher Stimmenmehrheit. Beide bedürfen der Bestätigung durch die staatliche Aufsichtsbehörde. Wird die Bestätigung dreimal versagt, so erfolgt die Ernennung durch die Aufsichtsbehörde.

§ 31.

Auf die Vertretung der Kreisgemeinde durch den Verwaltungsrat und auf die Bildung von Ausschüssen finden die §§ 10 und 11 entsprechende Anwendung.

§ 32.

Gegen die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrats steht wegen Verletzung der in dieser Verordnung enthaltenen Bestimmungen jedem Wahlmann Beschwerde an den Obersten Rat der Juden binnen einer Notfrist von vierzehn Tagen zu, die mit der öffentlichen Feststellung des Wahlergebnisses beginnt.

§ 33.

Der Verwaltungsrat hat für jedes Rechnungsjahr einen Haushaltsplan aufzustellen. Er bestimmt, welche Beiträge ihm von den einzelnen Gemeinden zu leisten sind. Haushaltsplan und Feststellung der Beiträge bedürfen der Genehmigung des Obersten Rats.

http://rcin.org.pl

§ 34.

Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Arbeitsausschuß für die laufenden Geschäfte.

Dem Arbeitsausschuß können vom Verwaltungsrat einzelne Arbeitsgebiete zur selbständigen Behandlung zugewiesen werden.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats ist zugleich Vorsitzender des Arbeitsausschusses.

Der Oberste Rat der Juden.

§ 35.

Der Oberste Rat der Juden übt die der Religionsgesellschaft als Ganzem zustehenden Korporationsrechte aus und vertritt ihre Interessen gegenüber der Landeszentralbehörde. Er überwacht und leitet das gesamte Tätigkeitsgebiet der Religionsgesellschaft unbeschadet der Gewissensfreiheit der Einzelpersonen, der Gemeinden und der Kultusvereine. Er kann Einrichtungen treffen und Anstalten errichten, die den Juden des Generalgouvernements oder eines größeren Gebietsteils gemeinsam sind. Er hat ferner das Recht, leistungsschwache Gemeinden zu unterstützen.

§ 36.

Der Oberste Rat besteht aus 14 weltlichen Angehörigen der jüdischen Religionsgesellschaft und aus 7 Rabbinern.

Sitz des Obersten Rats ist die Stadt Warschau.

§ 37.

Vier weltliche und zwei rabbinische Mitglieder des Obersten Rats ernennt die Landeszentralbehörde.

Zehn weltliche und fünf rabbinische Mitglieder des Obersten Rats werden durch Wahlmänner der Kreisgemeinden und der dem Obersten Rat unmittelbar unterstellten Großgemeinden gewählt.

Wahlmänner sind die gewählten Mitglieder der Kreisgemeinden und der Verwaltungsräte der unmittelbaren Großgemeinden.

Hat der Verwaltungsrat einer unmittelbaren Großgemeinde mehr als acht gewählte Mitglieder, so wählen die von der ersten und die von der zweiten Wahlkurie gewählten Gemeindebevollmächtigten getrennt je 4 Wahl-

http://rcin.org.pl

männer aus den Mitgliedern des Verwaltungrats mit einfacher Stimmenmehrheit.

Die Wahl des Obersten Rats erfolgt nach dem Grundsatz der Verhältniswahl; sie ist geheim.

Die Wahlmänner haben für je 50 000 jüdische Einwohner ihres Kreises oder ihrer Großgemeinde eine Wahlstimme. Bei der Berechnung der Wahlstimmen wird die Ziffer der jüdischen Bevölkerung von 50 000 zu 50 000 jeweils nach oben abgerundet.

Zu Mitgliedern des Obersten Rats können nur Personen ernannt oder gewählt werden, die in ihrer Gemeinde das passive Wahlrecht besitzen (§ 6).

Der Wahlmann kann mit schriftlicher Vollmacht sein Stimmrecht auf einen anderen Wahlmann übertragen.

Die Wahl und die Ernennung der Mitglieder des Obersten Rats erfolgt auf die Dauer von 8 Jahren.

§ 38.

Der Oberste Rat wählt seinen Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden mit einfacher Stimmenmehrheit: beide bedürfen der Bestätigung durch die Landeszentralbehörde. Wird die Bestätigung dreimal versagt, so erfolgt die Ernennung durch die Landeszentralbehörde.

§ 39.

Auf die Vertretung des Obersten Rats und auf die Bildung von Ausschüssen finden die §§ 10 und 11 entsprechende Anwendung.

§ 40.

Gegen die Wahl der Mitglieder des Obersten Rats steht wegen Verletzung der in dieser Verordnung enthaltenen Bestimmungen jedem Wahlmann Beschwerde an die Landeszentralbehörde binnen einer Notfrist von vierzehn Tagen zu, die mit der öffentlichen Feststellung des Wahlergebnisses beginnt.

§ 41.

Der Oberste Rat hat für jedes Rechnungsjahr einen Haushaltsplan aufzustellen. Er bestimmt, welche Beiträge ihm von den einzelnen Gemeinden oder Kreisgemeinden zu leisten sind.

http://rcin.org.pl

§ 42.

Der Oberste Rat wählt aus seiner Mitte einen Arbeitsausschuß für die laufenden Geschäfte. Dem Arbeitsausschuß können vom Obersten Rat einzelne Arbeitsgebiete zur selbständigen Behandlung zugewiesen werden.

Der Vorsitzende des Obersten Rats ist zugleich Vorsitzender des Arbeitsausschusses.

§ 43.

Der Oberste Rat kann die Erledigung einzelner seiner Aufgaben widerruflich den Verwaltungsräten der Kreisgemeinden übertragen.

Von den jüdischen Kultusvereinen.

§ 44.

Innerhalb einer jeden Gemeinde dürfen sich zum Zwecke der Errichtung und Unterhaltung von Synagogen und anderen religiösen Einrichtungen Kultusvereine bilden.

Die Bildung eines Kultusvereins bedarf der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde.

Der Kultusverein ist in die Rolle des Obersten Rats der Juden einzutragen; durch die Eintragung erlangt er Korporationsrechte.

§ 45.

Die Landeszentralbehörde kann nach Anhörung des Obersten Rats verlangen, daß Vereinigungen, die eine Betstätte unterhalten, sich als Kultusvereine nach den Bestimmungen dieser Verordnung organisieren.

§ 46.

Die Kultusvereine haben sich einen Rabbiner und vier Vorstandsmitglieder zu wählen, die zusammen den Vorstand des Vereins bilden.

Die näheren Bestimmungen über die Wahl und die Wahlperiode der Vorstandsmitglieder und des Rabbiners und das Rechtsverhältnis des letzteren zum Kultusverein trifft die Satzung des Kultusvereins selbst.

http://rcin.org.pl

§ 47.

Der Vorstand des Kultusvereins hat für jedes Rechnungsjahr einen Haushaltsplan aufzustellen. Der Haushaltsplan ist vor Beginn des Rechnungsjahres dem Verwaltungsrat der Kreisgemeinde oder der dem Obersten Rat unmittelbar unterstellten Großgemeinde zur Prüfung vorzulegen.

§ 48.

Die Landeszentralbehörde kann nach Anhörung des Obersten Rats bestimmen, daß Mitgliedern von Kultusvereinen eine entsprechende Befreiung von den Gemeindeumlagen gewährt wird, wenn die Einrichtungen des Kultusvereins fehlende oder ungenügende Gemeindeeinrichtungen ersetzen oder wenn den Mitgliedern des Kultusvereins die Benutzung der Gemeindeeinrichtungen billigerweise, namentlich zur Vermeidung eines Gewissenszwangs, nicht zugemutet werden kann.

Von den Rabbinern.

§ 49.

Der Oberste Rat stellt in einer Satzung die Grundsätze fest, die für die Zulassung zum Rabbineramte maßgebend sind. Diese Satzung bedarf der Genehmigung der Landeszentralbehörde.

Abgesehen von den durch die Satzung bestimmten Voraussetzungen dürfen zum Rabbineramte nur Personen zugelassen werden, die nach dem Zeugnis eines vom Obersten Rat anerkannten Kollegiums die Befähigung zum Rabbineramte besitzen.

Der Rabbiner muß, soweit die Landeszentralbehörde nicht eine Ausnahme zuläßt, die polnische und jüdische Sprache in Wort und Schrift beherrschen.

§ 50.

Der Oberste Rat führt ein Verzeichnis der Bewerber, die zum Rabbineramte zugelassen werden können.

§ 51.

Der Rabbiner muß sich durch eine vorbildliche Lebensführung innerhalb und außerhalb seines Dienstes der Achtung würdig erweisen, die sein Beruf erfordert.

http://rcin.org.pl

Es ist dem Rabbiner untersagt, geschäftliche Unternehmungen zu betreiben oder sich an solchen zu beteiligen.

§ 52.

Rabbinische Tätigkeit darf nur von den Rabbinern der Gemeinden und der Kultusvereine ausgeübt werden. Ausnahmen kann der Oberste Rat gestatten.

§ 53.

Der Oberste Rat erläßt eine Dienstanweisung und eine Disziplinarverordnung für Rabbiner, sowie eine Verordnung über ihre Gehalts- und Pensionsverhältnisse und die Hinterbliebenenversorgung.

Beide Verordnungen bedürfen der Genehmigung der Landeszentralbehörde.

§ 54.

Prediger mit vom Obersten Rat anerkannter rabbinischer Vorbildung sind im Sinne dieser Verordnung als Rabbiner zu betrachten.

Von den Rabbinern der Gemeinden.

§ 55.

Außer dem Gemeinderabbiner, den jede Gemeinde und Großgemeinde anstellen muß, und der von Amts wegen dem Vorstand der Gemeinde oder dem Verwaltungsrat der Großgemeinde angehört, kann jede Gemeinde und Großgemeinde noch weitere Rabbiner bestellen.

Ihre Wahl erfolgt in derselben Weise wie die Wahl des Gemeinderabbiners.

Sie gehören nicht von Amts wegen den Verwaltungskörpern ihrer Gemeinde an; ihre Wahl in diese Körperschaften ist jedoch zulässig.

§ 56.

Die Wahl eines Rabbiners bedarf der Bestätigung durch den Obersten Rat der Juden. Die Bestätigung darf wegen der religiösen oder politischen Anschauung des Rabbiners nicht versagt werden.

http://rcin.org.pl

§ 57.

Die Rabbiner werden von den Gemeinden lebenslänglich angestellt. Ihre Entlassung kann nur auf Antrag des Obersten Rats gemäß den Bestimmungen der Disziplinarverordnung (§ 53) durch die Landeszentralbehörde erfolgen,

1. wenn der Rabbiner zur Erfüllung seiner Amtspflichten unfähig ist, und zwar vorbehaltlich seiner Pensionsansprüche;
2. wenn der Rabbiner sich ein Verhalten zu schulden kommen läßt, das gegen die Würde oder die Pflichten seines Standes verstößt.

§ 58.

Der Gemeinderabbiner hat vorbehaltlich der Einteilung einer Großgemeinde in Rabbinatsbezirke die Aufsicht über die religiösen Einrichtungen, die Kultusbeamten, Religionslehrer und Schächter innerhalb der Gemeinde. Er hat das ausschließliche Recht zum Vollzuge von Trauungen und Ehescheidungen innerhalb seiner Gemeinde unter Vorbehalt der Rechte der Rabbiner der Kultusvereine (§ 59). Er hat die Pflicht, allsabbatlich und an den Feiertagen religiöse Vorträge zu halten.

Die rituelle Schächtung darf nur von solchen Personen ausgeübt werden, die hierzu durch den Gemeinderabbiner schriftlich ermächtigt sind.

Hat die Gemeinde neben dem Gemeinderabbiner noch andere Rabbiner angestellt, so wird das Tätigkeitsgebiet der einzelnen Rabbiner, insbesondere auch bezüglich der Aufsichtsbefugnisse, durch eine Dienstanweisung der Gemeinde geregelt. Die Dienstanweisung bedarf der Genehmigung des Obersten Rats.

Von den Rabbinern der Kultusvereine.

§ 59.

Die Aufsicht über die religiösen Einrichtungen und die Kultusbeamten eines Kultusvereins steht dem Rabbiner des Kultusvereins zu (§ 46). Das Gleiche gilt von der Aufsicht über die vom Kultusverein errichteten Religionsschulen vorbehaltlich der Rechte der staatlichen Aufsichtsbehörde, so=

http://rcin.org.pl

wie von der Ermächtigung und Beaufsichtigung der Schächter des Kultusvereins.

Der Rabbiner des Kultusvereins hat das Recht, Trauungen und Scheidungen vorzunehmen, bei denen Mitglieder seines Vereins oder deren Kinder beteiligt sind.

Die standesamtlichen Vorschriften werden hierdurch nicht berührt.

Von der Finanzwirtschaft.

§ 60.

Gemeinden, Kreisgemeinden und der Oberste Rat der Juden sind berechtigt, für ihre Bedürfnisse, soweit sie durch Einkünfte aus dem Vermögen, insbesondere aus Anstalten und Stiftungen oder durch besondere Zuwendungen nicht gedeckt sind, von den Angehörigen der jüdischen Religionsgesellschaft Gebühren und Abgaben, namentlich Umlagen vom Einkommen und vom Vermögen, zu erheben.

Die Einführung oder Veränderung von Gebühren und Abgaben setzt die Genehmigung der Landeszentralbehörde voraus.

Mit Genehmigung des Obersten Rats dürfen Gemeinden, Großgemeinden und Kreisgemeinden zur Deckung dringender im Haushaltsplan nicht vorgesehener Ausgaben eine besondere Umlage ausschreiben.

Dasselbe Recht steht dem Obersten Rat mit Genehmigung der Landeszentralbehörde zu.

Die bisherigen Bestimmungen über die Höchstgrenze der Steuerleistung und die Abgabenfreiheit der Gemeindevorstände sind aufgehoben.

Die Landeszentralbehörde erläßt eine besondere Steuerordnung über die Umlagen, Abgaben und Gebühren, deren Erhebung und Verwaltung und über die Zwangsvollstreckung gegen säumige Steuerpflichtige.

§ 61.

Die Kultusvereine erheben auf Grund freier Vereinbarung von ihren Mitgliedern Beiträge. Die Verpflichtung zur Zahlung dieser Beiträge richtet sich nach den Bestimmungen des Zivilrechts.

http://rcin.org.pl

Von der staatlichen Aufsichtsbehörde.

§ 62.

Aufsichtsbehörde für Gemeinden und Großgemeinden ist der Kreischef.

Aufsichtsbehörde für Kreisgemeinden, die sich nur auf einen Kreis erstrecken, ist der Kreischef. Die Aufsichtsbehörde für Kreisgemeinden, die sich auf mehrere Kreise erstrecken, wird durch die Landeszentralbehörde bezeichnet.

Die Aufsichtsbehörde für die jüdische Religionsgesellschaft als Gesamtkörperschaft ist die Landeszentralbehörde.

Die Befugnisse der Landeszentralbehörde auf Grund dieser Verordnung übt der Verwaltungschef beim Generalgouvernement Warschau aus.

Die Aufsichtsbehörde hat das Recht, zu allen Sitzungen der Gemeindevorstände, der Versammlungen der Gemeindebevollmächtigten, der Verwaltungsräte der Großgemeinden und Kreisgemeinden, sowie zu den Sitzungen des Obersten Rats einen Kommissar zu entsenden.

§ 63.

Die näheren Bestimmungen zur Ausführung der auf Grund dieser Verordnung vorzunehmenden Wahlen erläßt die Landeszentralbehörde.

Die Ausführungsverordnung regelt insbesondere auch den Ersatz der Verwaltungsmitglieder, die während einer Wahlperiode ausscheiden.

Vom Beschwerderecht.

§ 64.

Zuständig für die Entscheidung über Beschwerden gegen Verfügungen, Anordnungen und Geschäftsführung der auf Grund dieser Verordnung bestehenden Verwaltungskörper sind im Instanzenweg und ohne Beschränkung der weiteren Beschwerde die gemäß dieser Verordnung übergeordneten Verwaltungskörper. Jede Beschwerde ist schriftlich einzureichen und zu begründen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

http://rcin.org.pl

Die Beschwerdeinstanz kann durch einstweilige Verfügung den Vollzug der angefochtenen Maßnahmen aussetzen.

Die Entscheidung über die Beschwerden hat schriftlich zu erfolgen.

Strafbestimmungen.

§ 65.

Sofern nicht nach Kriegsrecht oder nach den allgemeinen Strafgesetzen eine härtere Strafe verwirkt ist, wird mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft:

1. wer sich ohne Grund weigert, die Ernennung oder Wahl zu einem in dieser Verordnung vorgesehenen Amt oder Mandat anzunehmen, oder die aus der Ernennung beziehungsweise Wahl hervorgehenden Pflichten zu erfüllen. Bei fortdauernder Weigerung kann die Strafe so oft wiederholt werden, bis der Forderung der Aufsichtsbehörde Genüge geschehen ist;
2. wer durch Agitation in Wort, Schrift oder Druck andere zum Widerstand gegen den Vollzug dieser Verordnung anreizt oder anstiftet;
3. wer entgegen der Vorschrift der §§ 52 und 58 eine rabbinische Tätigkeit ausübt oder Trauungen und Ehescheidungen vornimmt, für die er nicht zuständig ist.

Die Anordnung dieser Strafen erfolgt durch schriftliche Verfügung der staatlichen Aufsichtsbehörde.

Uebergangsvorschriften.

§ 66.

Bis zum Erlaß weiterer Bestimmungen durch die Aufsichtsbehörde bleiben die bisherigen Gemeinden bestehen und ihre Vorstände im Amt.

§ 67.

Bis die Wahl der Verwaltungsräte der Kreisgemeinden und des Obersten Rats der Juden erfolgt ist, übt die staatliche Aufsichtsbehörde deren Befugnisse aus.

http://rcin.org.pl

§ 68.

Der Oberste Rat entscheidet, inwieweit Zeugnisse über die Befähigung zum Rabbineramt und über die Verleihung des Rabbinertitels, die vor Erlaß dieser Verordnung ausgestellt wurden, die Rechte aus den §§ 17 und 49 begründen.

§ 49, Absatz 3, findet auf Personen, die vor Erlaß dieser Verordnung als Rabbiner tätig waren, keine Anwendung.

§ 69.

Bis zur Einführung der Steuerordnung richtet sich das Steuerwesen der jüdischen Gemeinden nach den bisherigen Gesetzen, Verordnungen und Gebräuchen vorbehaltlich der Abänderung dieser Bestimmungen durch die staatliche Aufsichtsbehörde.

Schon vor Erlaß der Steuerordnung dürfen die Kreisgemeinden und der Oberste Rat mit Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde Umlagen und Gebühren erheben.

Die Gemeinden, die Kreisgemeinden und der Oberste Rat dürfen während der Dauer des Krieges, unabhängig von den allgemeinen Umlagen, von Personen mit einem Vermögen von 200 000 M. oder einem Einkommen von mehr als 15 000 M. mit Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde besondere Beiträge erheben.

Ausführungsvorschrift.

§ 70.

Mit der Ausführung dieser Verordnung wird der Verwaltungschef beim Generalgouvernement Warschau beauftragt; er erläßt die dazu erforderlichen Ausführungsvorschriften.

Warschau, den 1. November 1916.

Der Generalgouverneur

von Beseler.

http://rcin.org.pl

http://rcin.org.pl

Rozporządzenie

dotyczące organizacji

Żydowskiego Towarzystwa Religijnego

w

Gienerał-Gubernatorstwie Warszawskiem

http://rcin.org.pl

http://rcin.org.pl

Postanowienia ogólne.

§ 1.

Żydzi, mieszkańcy Gienerał - Gubernatorstwa Warszawskiego tworzą Towarzystwo Religijne, publiczno-prawne. Towarzystwo Religijne dzieli się na gminy i na gminy powiatowe. Na jego czele stoi Naczelna Rada Żydowska. Gminy i gminy powiatowe oraz Towarzystwo Religijne mają prawa korporacyjne i prawo posiadania pieczęci.

Gmina żydowska.

§ 2.

Osoby wyznania żydowskiego, mieszkające w jednej gminie politycznej, tworzą gminę żydowską.

Jednakże państwowa władza nadzorcza po wysłuchaniu opinji Naczelnej Rady Żydowskiej może kilka gmin politycznych połączyć w jedną gminę żydowską, lub jedną gminę polityczną podzielić na kilka przestrzeniowo wyodrębnionych gmin żydowskich.

Zadania gminy żydowskiej.

§ 3.

Gmina żydowska ma, nie naruszając praw i obowiązków państwa oraz jego organów samorządnych, spełniać następujące zadania: 1. pieczę nad życiem religijnem; 2. wychowanie młodzieży; 3. opiekę nad ubogimi i pieczę społeczną; 4. zarządzanie majątkiem gminnym; 5. nadzór nad wszelkiemi urządzeniami i zakładami w obrębie gminy, mianowicie synagogami i domami modlitwy obrzędu żydowskiego, nad związkami wyznaniowymi (§ 44 i następ.) oraz nad zarządzaniem fundacjami żydowskiemi i stowarzyszeniami dobroczynnemi.

http://rcin.org.pl

Gmina żydowska winna zwłaszcza urządzać i podtrzymywać synagogi, kąpiele rytualne i cmentarze, o ile potrzeby te skądinąd nie są dostatecznie zaspakajane. Ma również troszczyć się o dostawę mięsa odpowiadającego rytuałowi.

Następnie ma również troszczyć się o kształcenie młodzieży żydowskiej, przez zakładanie dostatecznej liczby szkół, o ile potrzeba ta skądinąd nie jest dostatecznie zaspokojona.

Szkoły religijne (chedery) uważane są również za szkoły, o ile udzielają nauki elementarnej w dostatecznej mierze.

Zarząd gminy żydowskiej i jego wybór.

§ 4.

Gminą żydowską zarządza zarząd, składający się z rabina gminy oraz czterech członków obieralnych.

§ 5.

Zarząd obierany jest przez tajne i bezpośrednie głosowanie zwyczajną większością głosów na przeciąg lat 4-ch. Przy równości głosów rozstrzyga losowanie.

Czynne prawo wyborcze zależnem jest od następujących warunków: 1. wyznanie żydowskie, 2. skończone 25 lat życia, 3. płeć męska, 4. zamieszkanie w obrębie gminy żydowskiej bez przerwy przynajmniej w ciągu 2 lat, 5. umiejętność czytania i pisania, 6. opłacanie składki na rzecz gminy żydowskiej. Punkt 6 nie dotyczy osób, które ze względu na swoje stanowisko urzędowe zwolnione są od płacenia składki.

Prawo wyborcze jest w zawieszeniu podczas postępowania upadłościowego, utraty praw obywatelskich, ubezwłasnowolnienia i kary więziennej.

§ 6.

Bierne prawo wyborcze jest zależnem oprócz w art. 5 wymienionych warunków, jeszcze od następujących: 1. skończonych lat 30, 2. nieskazitelności obywatelskiej.

http://rcin.org.pl

§ 7.

Przeciwko wyborowi członka zarządu służy każdemu członkowi gminy, posiadającemu czynne prawo wyborcze, w wypadku naruszenia postanowień, zawartych w niniejszem rozporządzeniu, prawo wniesienia zażalenia do rady zarządzającej gminy powiatowej. Zażalenie winno być wniesione w ciągu terminu prekluzyjnego — 14 dni. Termin prekluzyjny rozpoczyna się z dniem publicznego stwierdzenia rezultatu wyborów.

Na decyzję rady zarządzającej przysługuje skarżącemu prawo wniesienia dalszego zażalenia do Naczelnej Rady Żydowskiej. Powtórne zażalenie winno być wniesione w ciągu 14 dni, licząc od dnia doręczenia decyzji rady zarządzającej.

§ 8.

W każdej gminie winien być ustanowiony rabin, który jest obierany przez tajne i bezpośrednie głosowanie zwyczajną większością głosów członków gminy, posiadających czynne prawo wyborcze.

Zarządzanie gminą żydowską.

§ 9.

Zarząd obiera z pośród siebie przewodniczącego, który zwołuje posiedzenia zarządu i kieruje niemi. W razie przeszkody zastępuje go najstarszy z członków zarządu.

§ 10.

Zarząd reprezentuje gminę we wszystkich stosunkach prawnych. Dokumenty, obowiązujące gminę, winny być podpisane przez przewodniczącego lub jego zastępcę i dwóch członków zarządu, oraz opatrzone pieczęcią gminy żydowskiej.

§ 11.

Zarząd może dla poszczególnych zadań mianować komisje, do których mogą być również powołane osoby, nie należące do zarządu.

http://rcin.org.pl

Przewodniczący ma prawo asystowania na wszystkich posiedzeniach komisji z głosem doradczym.

§ 12.

Zarząd układa budżet na każdy rok obrachunkowy i listę imienną członków gminy z oznaczeniem nałożonej na każdego składki.

Budżet i .wykaz składek winne być zatwierdzone przez Naczelną Radę Żydowską z zastrzeżeniem, że możliwe jest przekazanie tego radzie zarządzającej gminy powiatowej (§ 43).

§ 13.

Budżet i wykaz składek mają być dostępne w ciągu 8 dni dla członków gminy, o czem winny przedtem nastąpić zawiadomienia publiczne we właściwej formie.

Po upływie następnego tygodnia budżet i wykaz składek wraz z zażaleniami winny być przesłane radzie zarządzającej gminy powiatowej. O ile rada, zgodnie z § 43, nie jest mocna sama rozstrzygać, winna je ze swojemi uwagami i wnioskami przesłać Radzie Naczelnej. Zażalenia, wniesione po upływie drugiego tygodnia, mogą być przez przyjmujące je instancje odrzucone jako spóźnione.

Wielkie gminy żydowskie.

§ 14.

Dla gmin żydowskich, liczących przeszło 5000 mieszkańców żydów, państwowa władza nadzorcza może, zgodnie z §§ 15 — 25, nakazać zaprowadzenie specjalnej organizacji zarządu dla wielkich gmin.

Centralna władza krajowa może postanowić, aby wielka gmina została wyodrębniona z gminy powiatowej i bezpośrednio podlegała Naczelnej Radzie Żydowskiej.

Co do tych zarządzeń winna być uprzednio wysłuchana Naczelna Rada Żydowska.

Przepisy o gminach stosują się odpowiednio do wielkich gmin.

http://rcin.org.pl

§ 15.

Gmina jest zarządzana przez pełnomocników gminy i przez radę zarządzającą.

Państwowa władza nadzorcza określa liczbę pełnomocników i członków rady zarządzającej.

Rada zarządzająca składa się przynajmniej z 5-ciu, a w bezpośrednich wielkich gminach przynajmniej z 8-miu członków.

Oprócz tego państwowa władza nadzorcza powołuje do rady zarządzającej bezpośrednich wielkich gmin jeszcze 3-ch członków, którzy w gminie posiadają bierne prawo wyborcze (§ 6).

Pełnomocnicy i rada zarządzająca.

§ 16.

Pełnomocnicy są wybierani przez członków gminy żydowskiej, posiadających prawo wyborcze (§ 5).

§ 17.

Wybory odbywają się w 2-ch kurjach. W pierwszej kurji mają prawo wyborcze posiadający wyższe wykształcenie lub tacy, którzy ukończyli 6-cio klasową szkołę średnią, lub zatwierdzoną przez państwo szkołę zawodową, rzemieślniczą lub rolniczą, lub tacy, którym uznane przez Naczelną Radę Żydowską Kolegjum udzieliło tytułu rabina.

§ 18.

Każda kurja wyborcza wybiera jednakową liczbę pełnomocników. Wybory odbywają się w obydwóch kurjach na zasadach wyborów proporcjonalnych. Wszyscy wyborcy mają w swych kurjach jednakowe prawo głosu. Wybory są tajne.

§ 19.

Pełnomocnicy obierają radę zarządzającą na zasadach wyborów proporcjonalnych.

http://rcin.org.pl

§ 20.

Pełnomocnicy i rada zarządzająca obierani są na przeciąg lat 4-ch.

§ 21.

Na wybór pełnomocników przysługuje każdemu członkowi gminy posiadającemu prawo wyborcze, prawo wniesienia zażalenia zgodnie z § 7, na wybór zaś członków rady zarządzającej — każdemu pełnomocnikowi.

§ 22.

Rada zarządzająca i pełnomocnicy obierają swych przewodniczących i zastępców przewodniczącego zwyczajną większością głosów. Wybór podlega zatwierdzeniu przez państwową władzę nadzorczą. O ile wybór trzykrotnie nie uzyska zatwierdzenia, to państwowa władza nadzorcza mianuje przewodniczących.

§ 23.

Zebranie pełnomocników rozstrzyga następujące sprawy: 1. zatwierdzenie budżetu; 2. wyznaczanie składek i wydawanie rozporządzeń o pobieraniu składek, opłat i innych podatków; 3. zaciąganie pożyczek; 4. wydatkowanie ponad budżet, gdy suma ta w danym roku przewyższa 3000 mk.; 5. zakładanie i urządzanie lub zasadniczą reformę zakładów gminnych; 6. wydawanie ogólnie obowiązujących przepisów i statutów w sprawach gminnych; 7. zmiany w stanie majątku nieruchomego gminy; 8. wybór rabina gminnego; 9. szczególne sprawy, których opracowanie państwowa władza nadzorcza lub rada zarządzająca przekazała pełnomocnikom. Uchwała pełnomocników w sprawach tych następuje na zasadzie wniosków rady zarządzającej. Pełnomocnicy mają prawo założenia protestu na działalność rady zarządzającej. O ile nie dochodzi do jednomyślności pomiędzy radą zarządzającą a pełnomocnikami, rozstrzyga Rada Naczelna. Rada zarządzająca bierze udział w posiedzeniu pełnomocników z głosem doradczym.

http://rcin.org.pl

§ 24.

Całkowite zarządzanie gminą należy do rady zarządzającej, o ile w poprzednich paragrafach czynności zarządzania nie są przekazane pełnomocnikom gminnym.

Okręgi rabiniczne.

§ 25.

Naczelna Rada Żydowska ma prawo z zezwolenia państwowej władzy nadzorczej podzielić wielkie gminy na kilka okręgów rabinicznych.

Każdy okręg rabiniczny musi mieć rabina, którego obierają pełnomocnicy zwyczajną większością głosów.

Przeniesienie rabina do innego okręgu rabinicznego przeciw jego woli może nastąpić jedynie z zezwolenia Naczelnej Rady Żydowskiej.

Żydowska gmina powiatowa.

§ 26.

Gminy, położone w obrębie jednego powiatu, tworzą gminę powiatową, z zastrzeżeniem przepisów, w § 14 ustęp 2 zawartych.

Centralna władza krajowa może połączyć kilka powiatów w jedną gminę powiatową.

Z zastrzeżeniem innych postanowień centralnej władzy krajowej siedzibą gminy powiatowej jest siedziba naczelnika powiatu. O ile gmina powiatowa rozciąga się na przestrzeń kilku powiatów, siedzibę jej wyznacza centralna władza krajowa.

§ 27.

Gmina powiatowa urządza i podtrzymuje zakłady i urządzenia, które służą wspólnie dla mieszkańców powiatu, a zwłaszcza: szpitale, domy sierot i zakłady wychowawcze. Gmina powiatowa ma nadzór nad działalnością pojedyńczych gmin. Wspiera gminy finansowo słabe w obrębie powiatu; reprezentuje interesy gminy powiatowej, oraz pojedyńczych gmin przed państwowym urzędem powiatowym.

http://rcin.org.pl

Zarządzanie żydowską gminą powiatową.

§ 28.

Gminą powiatową zarządza rada zarządzająca. Składa się ona z jedenastu członków Żydowskiego Towarzystwa Religijnego, z których trzej mają być rabini.

§ 29.

Trzech członków rady zarządzającej mianuje państwowa władza nadzorcza. Pięciu świeckich członków i trzech duchownych obierają wyborcy gmin w powiecie.

Wyborcami w gminach są członkowie zarządów gmin i rady zarządzające nie podległych bezpośrednio Naczelnej Radzie wielkich gmin. O ile rada zarządzająca wielkiej gminy składa się więcej, niż z pięciu członków, wybierają reprezentanci wybrani z 1-ej i 2-ej kurji oddzielnie po dwóch wyborców z pośród członków rady zarządzającej zwyczajną większością głosów. Prezes rady zarządzającej, a w razie przeszkody jego zastępca wstępuje dodatkowo jako piąty.

Wybory do rady zarządzającej gminy powiatowej odbywają się na zasadach proporcjonalności. Są one tajne.

Wyborcom przysługuje jeden głos wyborczy na każde 5000 żydów — mieszkańców ich gminy. Przy obliczaniu głosów wyborczych liczba mieszkańców — żydów winna być zaokrąglona wzwyż od 5000 do 5000.

Na członków rady zarządzającej mogą być powołane lub obrane tylko osoby, posiadające w swojej gminie bierne prawo wyborcze (§ 6).

Wyborca może powierzyć swoje prawo głosu drugiemu wyborcy na mocy piśmiennego upoważnienia.

Wybór i mianowanie członków rady zarządzającej następuje na okres lat 4-ch.

http://rcin.org.pl

§ 30.

Rada zarządzająca obiera swego przewodniczącego i jego zastępcę zwyczajną większością głosów. Obydwaj podlegają zatwierdzeniu przez państwową władzę nadzorczą. O ile trzykrotnie nie zostaną zatwierdzeni, przewodniczącego i jego zastępcę mianuje władza nadzorcza.

§ 31.

Co do zastępowania gminy powiatowej przez radę zarządzającą oraz tworzenia komisji znajdują odpowiednie zastosowanie §§ 10 i 11.

§ 32.

Na wybór członków rady zarządzającej, w razie naruszenia zawartych w niniejszem rozporządzeniu przepisów, przysługuje każdemu wyborcy prawo wniesienia zażalenia do Naczelnej Rady Żydowskiej w ciągu 14-dniowego terminu prekluzyjnego, rozpoczynającego się z dniem publicznego stwierdzenia rezultatu wyborów.

§ 33.

Rada zarządzająca układa budżet na każdy rok obrachunkowy i określa, jakie składki na jej rzecz winne ponosić poszczególne gminy. Budżet i rozpis składek wymagają zatwierdzenia przez Radę Naczelną.

§ 34.

Rada zarządzająca obiera z pośród siebie Wydział Wykonawczy dla spraw bieżących. Rada zarządzająca może przekazać Wydziałowi Wykonawczemu poszczególne działy pracy dla samodzielnego załatwiania.

Prezes rady zarządzającej jest jednocześnie przewodniczącym wydziału wykonawczego.

Naczelna Rada Żydowska.

§ 35.

Naczelna Rada Żydowska wykonywa przysługujące Towarzystwu Religijnemu, jako całości,

http://rcin.org.pl

prawa korporacyjne i reprezentuje jego interesy przed centralną władzą krajową. Ma nadzór i kieruje całym zakresem działalności Towarzystwa Religijnego, nie naruszając wolności przekonań poszczególnych osób, gmin i związków wyznaniowych.

Może podejmować urządzenia i zakładać instytucje, wspólnie dla żydów Generał-Gubernatorstwa lub większego jego obszaru. Następnie ma prawo wspierania gmin finansowo słabych.

§ 36.

Naczelna Rada składa się z 14-tu świeckich członków Żydowskiego Towarzystwa Religijnego i z 7-iu rabinów. Siedzibą Rady Naczelnej jest miasto Warszawa.

§ 37.

Czterech świeckich i dwóch duchownych członków Naczelnej Rady powołuje centralna władza krajowa.

Dziesięciu świeckich i pięciu duchownych członków Rady Naczelnej obierają wyborcy gmin powiatowych i wielkich gmin, bezpośrednio podległych Radzie Naczelnej.

Wyborcami są obrani członkowie gmin powiatowych i rad zarządzających bezpośrednich wielkich gmin.

O ile rada zarządzająca bezpośredniej wielkiej gminy ma wybranych więcej niż ośmiu członków, obierają pełnomocnicy wybrani z 1-ej i 2-ej kurji oddzielnie po 4-ch wyborców z pośród członków rady zarządzającej zwyczajną większością głosów.

Wybory Rady Naczelnej odbywają się na zasadach proporcjonalności. Są one tajne.

Wyborcy mają na każde 50000 mieszkańców żydów ich powiatu lub ich wielkiej gminy jeden głos wyborczy. Przy obliczaniu głosów, liczba mieszkańców żydów winna być zaokrąglona w górę od 50000 do 50000.

http://rcin.org.pl

Na członków Rady Naczelnej mogą być mianowane lub obierane tylko osoby, posiadające w swojej gminie bierne prawo wyborcze (§ 6).

Wyborca może powierzyć głos swój innemu wyborcy na mocy piśmiennego upoważnienia.

Wybór i mianowanie członków Rady Naczelnej następuje na okres lat 8-iu.

§ 38.

Rada Naczelna obiera swego przewodniczącego i zastępcę przewodniczącego zwyczajną większością głosów. Obydwaj podlegają zatwierdzeniu przez centralną władzę krajową. W razie trzykrotnej odmowy zatwierdzenia, następuje mianowanie przez centralną władzę krajową.

§ 39.

Co do zastępowania Rady Naczelnej i tworzenia wydziałów znajdują odpowiednie zastosowanie §§ 10 i 11.

§ 40.

W razie naruszenia zawartych w niniejszem rozporządzeniu przepisów, na wybór członków Rady Naczelnej każdemu wyborcy przysługuje prawo wniesienia zażalenia do centralnej władzy krajowej w ciągu 14-dniowego terminu prekluzyjnego. Termin ten rozpoczyna się z chwilą publicznego stwierdzenia rezultatu wyborów.

§ 41.

Rada Naczelna ma układać budżet na każdy rok obrachunkowy i określa, jakie mają być wnoszone przez oddzielne gminy lub gminy powiatowe składki na jej rzecz.

§ 42.

Rada Naczelna obiera z pośród siebie Wydział Wykonawczy dla spraw bieżących. Rada Naczelna może przekazać Wydziałowi Wykonawczemu poszczególne zakresy pracy dla samodzielnego załatwienia.

Prezes Rady Naczelnej jest jednocześnie przewodniczącym Wydziału Wykonawczego.

http://rcin.org.pl

§ 43.

Rada Naczelna może przekazać radom zarządzającym gmin powiatowych spełnianie poszczególnych swych zadań z prawem odwołania.

O żydowskich związkach wyznaniowych.

§ 44.

W obrębie każdej gminy mogą się tworzyć związki wyznaniowe w celu urządzenia i utrzymywania synagóg i innych urządzeń religijnych. Utworzenie związku wyznaniowego wymaga zezwolenia państwowej władzy nadzorczej.

Związek wyznaniowy umieszczony być winien w rejestrze Naczelnej Rady Żydowskiej, przez co uzyskuje prawa korporacyjne.

§ 45.

Centralna władza krajowa, po wysłuchaniu Rady Naczelnej może zażądać, aby związki, utrzymujące domy modlitwy, organizowały się jako związki wyznaniowe na zasadach niniejszego rozporządzenia.

§ 46.

Związki wyznaniowe winny sobie obrać jednego rabina i czterech członków zarządu, którzy razem stanowią zarząd związku.

Bliższe przepisy, tyczące się wyborów, kadencji wyborczej członków zarządu i rabina oraz stosunku prawnego rabina do związku wyznaniowego, określa sam statut związku wyznaniowego.

§ 47.

Zarząd zw. wyznaniowego układa budżet na każdy rok obrachunkowy. Budżet ten powinien być przedstawiony dla sprawdzenia przed początkiem roku obrachunkowego radzie zarządzającej gminy powiatowej lub wielkiej gminy podległej bezpośrednio Radzie Naczelnej.

http://rcin.org.pl

§ 48.

Centralna władza krajowa po wysłuchaniu Naczelnej Rady może postanowić, aby członkowie związków wyznaniowych zostali odpowiednio zwolnieni od płacenia składki gminnej, jeżeli urządzenia związku wyznaniowego zastępują brakujące albo niedostateczne urządzenia gminne, lub gdyby wymaganie od członków związków wyznaniowych, żeby korzystali z urządzeń gminnych, było niesłuszne, zwłaszcza sprzeciwiające się wolności przekonań.

Rabini.

§ 49.

Naczelna Rada Żydowska ustanawia w statucie zasady miarodajne dla dopuszczenia do sprawowania urzędu rabina. Statut ten winien być zatwierdzony przez centralną władzę krajową.

Niezależnie od określonych w statucie wymagań, do zajęcia urzędu rabina mogą być dopuszczone jedynie osoby, mające według zaświadczenia Kolegjum, uznanego przez Radę naczelną, uzdolnienie do sprawowania urzędu rabina.

Rabin powinien władać językiem polskim i żydowskim w słowie i piśmie, o ile centralna władza krajowa nie dopuszcza wyjątków.

§ 50.

Rada Naczelna prowadzi spis kandydatów, którzy mogą być dopuszczeni do sprawowania urzędu rabina.

§ 51.

Rabin powinien przez wzorowy tryb życia przy pełnieniu swych czynności i poza niemi, okazać się godnym powagi, jakiej wymaga jego zawód.

Zakazuje się rabinowi prowadzić interesy handlowe lub brać w nich udział.

http://rcin.org.pl

§ 52.

Działalność rabina może być spełniana jedynie przez rabinów gmin i związków wyznaniowych.

Na wyjątki może zezwolić Rada Naczelna.

§ 53.

Rada Naczelna wydaje dla rabinów przepisy służbowe i regulamin dyscyplinarny, jakoteż przepisy o ich pensji, emeryturze i zabezpieczeniu pozostałych po nich wdów i sierot.

Obydwa rozporządzenia podlegają zatwierdzeniu przez centralną władzę krajową.

§ 54.

Kaznodzieje z wykształceniem rabinicznem, uznanem przez Naczelną Radę w myśl niniejszego rozporządzenia, uważani być mają za rabinów.

Rabini gminni.

§ 55.

Oprócz rabina gminnego, którego musi utrzymywać każda gmina i każda wielka gmina i który z urzędu należy do zarządu gminy lub do rady zarządzającej wielkiej gminy, może każda gmina i wielka gmina ustanowić jeszcze innych rabinów.

Wybór ich odbywa się tak samo, jak wybór rabinów gminnych.

Oni nie należą z urzędu do organów zarządu ich gminy. Wybór ich do tych organów jest jednakże dopuszczalny.

§ 56.

Wybór rabina podlega zatwierdzeniu przez Naczelną Radę Żydowską. Zatwierdzenia nie można odmówić ze względu na zapatrywania religijne lub polityczne rabina.

§ 57.

Posada rabina przy gminie jest dożywotnią. Zwolnienie z urzędu może nastąpić jedynie na wniosek Rady Naczelnej zgodnie z przepisami regulaminu dyscyplinarnego (§ 53) przez centralną władzę krajową:

http://rcin.org.pl

1. gdy rabin jest niezdolny do pełnienia swoich obowiązków służbowych, a to z zachowaniem jego praw do emerytury, i

2. o ile rabin zawini zachowaniem się, sprzeciwiającem się godności lub obowiązkom jego stanu.

§ 58.

Rabin gminny, z zastrzeżeniem podziału wielkiej gminy na okręgi rabiniczne, ma nadzór nad urządzeniami religijnemi, funkcjonarjuszami wyznaniowymi, nauczycielami religji i rzezakami w obrębie gminy. Ma on wyłączne prawo udzielania ślubów i rozwodów w obrębie swojej gminy z zastrzeżeniem praw rabinów związków wyznaniowych (§ 59). Ma on obowiązek co sobotę i w święta wygłaszać kazania.

Rytualne zarzynanie może być wykonywane jedynie przez osoby, piśmiennie do tego przez rabina gminnego upoważnione.

O ile gmina, obok rabina gminnego, utrzymuje jeszcze innych rabinów, zakres działalności poszczególnych rabinów, zwłaszcza prawo nadzoru, zostaje uregulowany przez przepisy służbowe gminy. Przepisy służbowe podlegają zatwierdzeniu przez Radę Naczelną.

Rabini Związków Wyznaniowych.

§ 59.

Nadzór nad urządzeniami religijnemi i nad funkcjonarjuszami wyznaniowymi związku wyznaniowego pełni rabin związku wyznaniowego (§ 46).

To samo tyczy się nadzoru nad szkołami religijnemi, urządzonemi przez związek wyznaniowy, z zastrzeżeniem praw państwowej władzy nadzorczej, jak również udzielania upoważnienia i dozoru nad rzezakami związku wyznaniowego.

Rabin związku wyznaniowego ma prawo udzielać ślubów i rozwodów, w których stronami są członkowie jego związku lub ich dzieci.

Nie narusza się niniejszem przepisów stanu cywilnego.

http://rcin.org.pl

Gospodarka finansowa.

§ 60.

Gminy, gminy powiatowe i Naczelna Rada Żydowska mają prawo na pokrycie swych potrzeb, o ile potrzeby te nie mogą być zaspokojone dochodami z majątku, zwłaszcza z zakładów i fundacji lub przez specjalne zapisy, pobierać od członków Żydowskiego Towarzystwa Religijnego opłaty i podatki, zwłaszcza podatki: dochodowy i od majątków.

Wprowadzenie i zmiana opłat i podatków zależy od zezwolenia centralnej władzy krajowej.

Z zezwolenia Naczelnej Rady gminy, wielkie gminy oraz gminy powiatowe mogą rozpisywać specjalne składki dla pokrycia pilnych wydatków, nieprzewidzianych w budżecie.

To samo prawo przysługuje Naczelnej Radzie z zezwolenia centralnej władzy krajowej.

Dotychczasowe przepisy o maksymalnej wysokości składki i o zwolnieniu od opłat członków zarządów gmin zostają zniesione.

Centralna władza krajowa wyda specjalną ustawę co do składek, podatków i opłat, przepisy o sposobie ich pobierania i zarządzania niemi, oraz przepisy o egzekucji na zwlekających kontrybuentach.

§ 61.

Związki wyznaniowe pobierają składki od swoich członków na zasadzie dobrowolnego układu. Zobowiązanie do płacenia tych składek reguluje się przepisami prawa cywilnego.

O Państwowej Władzy Nadzorczej.

§ 62.

Władzą nadzorczą dla gmin i wielkich gmin jest naczelnik powiatu.

Władzą nadzorczą dla gmin powiatowych, rozciągających się na jeden tylko powiat, jest naczelnik powiatu.

http://rcin.org.pl

Władza nadzorcza dla gmin powiatowych, które rozciągają się na kilka powiatów, zostaje ustanowiona przez centralną władzę krajową.

Władzą nadzorczą dla Żydowskiego Towarzystwa Religijnego, jako ciała zbiorowego, jest centralna władza krajowa.

Funkcje centralnej władzy krajowej na mocy niniejszego rozporządzenia wypełnia Szef Zarządu Cywilnego przy Generał-Gubernatorstwie Warszawskiem.

Władza nadzorcza ma prawo delegować Komisarza na wszystkie posiedzenia zarządów gmin, zebrań pełnomocników, rad zarządzających wielkich gmin i gmin powiatowych oraz na posiedzenia Naczelnej Rady.

§ 63.

Bliższe przepisy, tyczące się dokonania wyborów na mocy niniejszego rozporządzenia, wyda centralna władza krajowa.

Rozporządzenie wykonawcze reguluje również sprawę zastępstwa członków zarządu, którzy ustępują podczas kadencji wyborczej.

Prawo zażaleń.

§ 64.

Właściwymi dla rozstrzygania zażaleń na dyspozycje, zarządzenia i działalność organów zarządzających, istniejących na mocy niniejszego rozporządzenia, są w trybie instancyjnym i bez ograniczenia dalszych zażaleń organy zarządzające, zgodnie z niniejszem rozporządzeniem kolejno wyższe.

Każde zażalenie winno być wniesione i umotywowane na piśmie. Wniesienie zażalenia niema skutków wstrzymujących.

Instancja apelacyjna może przez tymczasowe rozporządzenie odroczyć wykonanie zaskarżonej decyzji.

Rozstrzyganie zażaleń powinno być piśmienne.

http://rcin.org.pl

Postanowienia karne.

§ 65.

O ile według prawa wojennego lub ogólnego kodeksu karnego nie należy zastosować cięższej kary, karą pieniężną do 100 000 mk. lub więzieniem do 6 miesięcy karany będzie:

1. kto bez powodu odmawia przyjęcia urzędu lub mandatu, przewidzianych w niniejszem rozporządzeniu na mocy mianowania albo wyboru, lub kto odmawia spełniania obowiązków, wynikających z mianowania albo z wyboru. Przy ciągłem odmawianiu kara może być powtarzana tylokrotnie, dopóki nie będzie zadość uczynione żądaniu państwowej władzy nadzorczej;
2. kto agitując słowem, w piśmie lub druku nawołuje i podnieca innych do oporu przeciwko wykonaniu niniejszego rozporządzenia;
3. kto wbrew przepisom §§ 52 i 58, wykonywa czynności rabina lub udziela ślubów i rozwodów, nie będąc do tego powołanym.

Zarządzenie tych kar następuje na mocy piśmiennego rozporządzenia państwowej władzy nadzorczej.

Przepisy przejściowe.

§ 66.

Do chwili wydania dalszych przepisów przez władzę nadzorczą dotychczasowe gminy i ich zarządy funkcjonują nadal.

§ 67.

Do chwili wyboru rad zarządzających gmin powiatowych oraz Naczelnej Rady Żydowskiej czynności ich sprawuje państwowa władza nadzorcza.

§ 68.

Naczelna Rada rozstrzyga, w jakim stopniu udzielone przed wydaniem niniejszego rozporządzenia świadectwa o uzdolnieniu do pełnienia czynności rabina i o udzieleniu tytułu rabina uzasadniają prawa z tytułu przepisów §§ 17 i 49.

http://rcin.org.pl

§ 49 ust. 3 nie dotyczy osób, które przed wydaniem niniejszego rozporządzenia sprawowały czynności rabinów.

§ 69.

Do chwili wprowadzenia regulaminu podatkowego ustrój podatkowy gmin żydowskich reguluje się według dotychczasowych przepisów, rozporządzeń i zwyczajów z zastrzeżeniem zmian tych przepisów przez państwową władzę nadzorczą.

Już przed wydaniem regulaminu podatkowego gminy powiatowe i Naczelna Rada mogą pobierać podatki i opłaty z zezwolenia państwowej władzy nadzorczej.

Gminy, gminy powiatowe i Naczelna Rada podczas trwania wojny, niezależnie od ogólnych składek mogą pobierać z zezwolenia państwowej władzy nadzorczej specjalne składki od osób, posiadających majątek wartości 200000 mk. lub dochody, przewyższające 15000 mk.

Przepis wykonawczy.

§ 70.

Wykonanie niniejszego rozporządzenia powierzone jest Szefowi Zarządu Cywilnego przy Gienerał-Gubernatorstwie, który w tym celu wydaje niezbędne przepisy wykonawcze.

Warszawa, dnia 1 listopada 1916 r.

Gienerał-Gubernator
von Beseler.

http://rcin.org.pl

http://rcin.org.pl

פעראָרדנונג

וועגען דער אָרגאַניזאַציע פון דער
יודישער רעליגיאָנס-געזעלשאַפט אין
גענעראַל-גובערנעמענט ווארשא.

◆ ◆ ◆ ◆

http://rcin.org.pl

http://rcin.org.pl

פֶעראָרדנונג

וועגען דער אָרגאַניזאַציע פון דער יודישער רעליגיאָנס-געזעלשאַפט אין גענעראַל-גיבערנעמענט ווארשא.

אַלגעמיינע תקנות.

§ 1

די יודען אין ווארשעווער גענעראַל-גובערנעמענט בילדען אַ עפענטליך-רעכטליכע רעליגיאָנס-געזעלשאַפט.

די רעליגיאָנס-געזעלשאַפט צוטיילט זיך אויף קהילות און קרייז-קהילות. אין זייער שפּיץ שטעהט דער יודישער אויבער-ראַט.

די קהילות און קרייז-קהילות, אויך די רעליגיאָנס-געזעל-שאַפט אַלס אַזעלכע, האָבען קאָרפּאָראַציאָנסרעכט, און דאָס רעכט צו האָבען אַן'אָפיציעלען שטעמפעל.

די יודישע קהילה.

§ 2.

די פערזאָנען פון יודישען גלויבען, וועלכע וואוינען אין איין פּאָליטישער געמיינדע, בילדען אַ יודישע קהילה.

אָבער די אויפזיכטס-מאַכט פון דער מלוכה קען, נאָך אויס-הערען די מיינונג פון יודישען אויבער-ראַט, פעראייניגען די יודען פון עטליכע פּאָליטישע געמיינדעס אין איין יודישע קהילה, אָדער צעטיילען די יודען פון איין פּאָליטישער געמיינדע אין עטליכע לאָקאַל-אָבגעזונדערטע יודישע קהילות.

די אויפגאַבען פון דער יודישער קהילה.

§ 3.

די יודישע קהילה האָט צו ערפילען, נישט בעריהרענדיג די רעכט און פליכטען פון דער מלוכה און פון איהרע זעלבסט-פערוואַלטונגס-אָרגאַנען, די פאָלגענדע אויפגאַבען:

1) אָנפיהרונג פון רעליגיעזען לעבען;
2) ערציהונג פון דער יוגענד;
3) פערזאָרגונג פון אָרימע-לייט און סאָציאַלע תמיכה;
4) פערוואַלטונג מיט'ן פערמעגען פון דער קהילה;
5) אויפזיכט אין דער קהילה גופא איבער אַלע אינסטי-טוציעס דהיינו: בתי-כנסיות, בתי-מדרשים און אויך אַנדערע יודי-

http://rcin.org.pl

שע געבעט-הייזער, איבער די קולטוס-פעראיינען (44 § און די ווייטערדיגען) און איבער דער פערוואלטונג פון יודישע וואוילטעטיגע אנשטאלטען און צדקה-חברות.

די יודישע קהילה דארף איבערהויפט גרינדען און אויסהאלטען שוהלען, מקואות און בית-עלמינ׳ס, אויף וויפיעל פאר דאס דאזיגע בעדערפעניש ווערט פון אנ׳אנדער קוועלע נישט גענוג געטון. זי דארף זארגען וועגען שאפען כשר פלייש.

ווייטער ליגט אויף איהר דער חוב צו זארגען דורך א גענוגענדיגע צאהל שולען פאר די בילדונג פון דער יודישער יוגענד, ווי ווייט דאס בעדערפעניש ווערט נישט גענוג בעפרידיגט פון אנ׳אנדער קוועלע. אלס שולען גילטען אויך די חדרים, אויף וויפיעל מען לערנט אין זיי עלעמענטארע למודים אין א גענוגענדיגע מאס.

דער פארשטאנד פון דער יודישער קהילה און זיינע וואהלען.

.4 §

די יודישע קהילה ווערט פערוואלטעט דורך א פארשטאנד, וואס בעשטעהט פונ׳ם רב פון דער קהילה און פון פיער געוועהלטע מיטגלידער.

.5 §

דער פארשטאנד ווערט געוועהלט דורך זירעקסע און געהיימע וואהלען אויף א טערמין פון 4 יאהר, לויט דעם פרינציפ פון אנ׳איינפאכען רוב-דעות. ווען די שטימען צעטיילען זיך אויף גלייך, ווארפט מען גורל.

דאס אקטיווע וואהל-רעכט איז פערבונדען מיט די פאלגענדע בעדינגונגען:

1) יודישע רעליגיע;
2) געענדיגטע 25 יאהר;
3) מאנסבילש געשלעכט;
4) כסדר וואוינען אין דער יודישער קהילה ווענינגסטענס 2 יאהר;
5) קענען לעזען און שרייבען;

http://rcin.org.pl

6) צאָהלען שטייער דער יודישער געמיינדע.

די ציפער 6 איז נישט חל אויף פּערזאָנען, וועלכע זענען בעפרייט פון שטייער צוליעב זייער אַמטליכער שטעלונג.

דאָס וואהל-רעכט פערליערט מען אויף די גאַנצע צייט, וואָס מען האָט אויף זיך אַ קאָנקורס-פּראָצעס, ווען מען פּערליערט די בירגער-ליכע עהרען-רעכט, ווען מען ווערט געשטעלט אונטער אַנ׳אַפּוטרופסות און אויף די גאַנצע צייט, וואָס מען זיצט אין תפיסה.

§ 6.

דאָס פּאַסיווע וואַהל-רעכט איז, אויסער די בעדינגונגען פון § 5, פערבונדען נאָך מיט פאָלגענדע בעדינגונגען:

1) געענדיגטע 30 יאָהר;

2) בירגערליכע אונבעפלעקטקייט.

§ 7.

איטליכס מיטגליעד פון דער קהילה, וועלכעס האָט דאָס אַקטיווע וואַהל-רעכט, האָט דאָס רעכט זיך צו ווענדען מיט אַנ׳-אָנקלאַגע צום פערוואַלטונגסראַט פון דער קרייז-קהילה אויף דער וואהל פון אַ פאָרשטאַנד-מיטגליעד, וועגען נישט אָבהיטען די תקנות פון דער איצטיגער פּעראָרדנונג. די אָנקלאַגע דאַרף אָנגעגעבען ווערען אין פערלויף פון שפּעטסטענס 14 טעג. דער דאָזיגער טער-מין הויבט זיך-אָן מיט דעם מאָמענט פון דער עפענטליכער פעסט-שטעלונג פון רעזולטאַט פון די וואַהלען.

אויף דער רעזאָלוציע פון פּערוואַלטונגס-ראַט האָט דער אָנ-קלאָגער דאָס רעכט צו אַפּעלירען צום יודישען אויבער-ראַט. אויך די אַפּעלאַציע מוז אָנגעגעבען ווערען אין פערלויף פון שפּעטס-טענס 14 טעג. דער דאָזיגער טערמין הויבט זיך-אָן מיט׳ן מאָמענט פון דער צושטעלונג פון דער רעזאָלוציע פון פּערוואַלטונגס-ראַט.

§ 8.

יעדע קהילה דאַרף זיך נעהמען אַ רב, וועלכער ווערט אויס-געוועהלט דורך דירעקטע און געהיימע וואַהלען דורך די קהילה-מיטגליעדער, וועלכע האָבען אַקטיוו וואַהל-רעכט, לויט׳ן פּרינציפּ פון אַנ׳איינפאַכען רוב דעות.

http://rcin.org.pl

די פערוואלטונג פון דער יודישער קהילה.

§ 9.

דער פארשטאנד וועהלט פון זיך א פארזיצענדען, וועלכער רופט-צונויף און פיהרט די זיצונגען פון פארשטאנד. ווען ער אליין האט נישט די מעגליכקייט, פערטרעט איהם דאס עלטסטע מיט-גליעד פון פארשטאנד.

§ 10.

דער פארשטאנד רעפרעזענטירט די קהילה אין איהרע אלע יורידישע ענינים. דאקומענטען, וואס דארפען פערפליכטען די קהלה, מוזען האבען די אונטערשריפטען פונ׳ם פארזיצענדען אדער פון זיין פערטרעטער און פון נאך צוויי מיטגליעדער פון פארשטאנד. אויף די דאקומענטען דארף מען לעגען דעם שטעמפעל פון דער יודישער קהלה.

§ 11.

דער פארשטאנד קען פאר איינצעלנע אויפגאבען בעשטימען קאמיסיעס, אין וועלכע ער קען איינלאדען אויך אזעלכע פערזאנען, וואס געהערען נישט צום פארשטאנד. דער פארזיצענדער האט דאס רעכט צו געפינען זיך אויף אלע קאמיסיען-זיצונגען מיט א בערא-טונגס-שטים.

§ 12.

דער פארשטאנד דארף צונויפשטעלען פאר יעדעס רעכנונגס-יאהר א פלאן פון בודזשעט און פערצייכענען אין א נאמען-ליסטע די אבצאהלונגען אויף די מיטגליעדער פון דער קהילה.

בודזשעט-פלאן און אבצאהל-ליסטע מוזען בעשטעטיגט ווערען דורך דעם יודישען אויבער-ראט, וועלכער קען אבער די דאזיגע אויפגאבע איבערגעבען דעם פערוואלטונגס-ראט פון דער קרייז-קהילה (§ 43).

§ 13.

בודזשעט-פלאן און אבצאהל-ליסטע דארפען אויף 8 טאג

http://rcin.org.pl

צייט אויסגעלעגט ווערען צום בעקענען זיך פֿאַר די מיטגלידער פֿון דער קהילה. וועגען דעם אויסלעגען דאַרף מען אויף אַ גע־הערינגען אופֿן עפֿענטליך מודיע זיין.

צום סוף פֿון דער צווייטער וואָך מוזען דער ביודזשעט־פּלאַן און די אָבצאָהל־ליסטע, צוזאַמען מיט די אָנגעקומענע אָנקלאַגעס, צוגעשטעלט ווערען צום פֿערוואַלטונגס־ראַט פֿון דער קרייז־קהילה, וועלכער דאַרף זיין, — אין פֿאַל, ווען אַליין קאָן ער נישט ענט־שיידען לויט פּאַראַגר. 43, — אַריבערשיקען, מיט זיינע בעמער־קונגען און פֿאָרשלאָגען, צום אויבער־ראַט. אָנקלאַגעס, וואָס ווערען דערלאַנגט נאָכדעם, ווי די צווייטע וואָך איז אַריבער, קענען דורך די אָנקלאַגע־אינסטאנצען אָבגעוואָרפֿען ווערען אַלס פֿערשפּעטיגטע.

די יודישע גרויס־קהילות.

§ 14.

פֿאַר יודישע קהילות, וואָס האָבען מעהר ווי 5,000 יודישע איינוואוינער, קען די מלוכה־אויפֿזיכטס־מאַכט בעפֿעהלען איינצופֿיה־רען אַ בעזונדערע פֿערוואַלטונגס־אָרגאַניזאַציע פֿאַר גרויס־קהילות לויט די §§ 15—25.

די צענטראַלע מאַכט פֿון לאַנד קען בעשטימען, אַז אַ גרויס־קהילה זאָל אויסגעטיילט ווערען פֿון דער קרייז־קהילה און גע־שטעלט ווערען דירעקט אונטער׳ן יודישען אויבער־ראַט.

מכח די דאָזיגע מיטלען דאַרף מען פֿריהער אויסהערען די מיינונג פֿונ׳ם אויבער־ראַט.

די בעשטימונגען וועגען די קהילות זענען געהעריג חל אויך אויף די גרויס־קהילות.

§ 15.

די קהילה ווערט פֿערוואַלטעט דורך די קהילה־בעפֿאָלמעכ־טיגטע און דעם פֿערוואַלטונגס־ראַט.

די צאָהל פֿון די קהילה־בעפֿאָלמעכטיגטע און פֿון די מיט־גלידער פֿונ׳ם פֿערוואַלטונגס־ראַט בעשטימט די אויפֿזיכטס־מאַכט פֿון דער מלוכה.

דער פֿערוואַלטונגס־ראַט בעשטעהט לכל הפחות פֿון פֿינף. און ביי דירעקטע גרויז־קהילות פֿון אַכט מיטגלידער.

http://rcin.org.pl

חוץ דעם בעשטימט די אויפזיכטס-מאכט פון דער מלוכה אין דעם פערוואלטונגס-ראט פון די דירעקטע גרויס-קהילות נאך דריי מיטגלידער, וועלכע האבען אין דער קהילה דאס פאסיווע וואהל-רעכט (§ 6).

די קהילה-בעפאלמעכטיגטע און דער פערוואלטונגס-ראט.

§ 16.

די קהילה-בעפאלמעכטיגטע ווערען אויסגעוועהלט דורך די וואהל-בערעכטיגטע מיטגלידער פון דער יודישער קהילה (§ 5).

§ 17.

די וואהלען קומען-פאר אין צוויי וואהל-קוריעס.

אין דער ערשטער וואהל-קוריע האבען וואהל-רעכט די וועהלער, וועלכע בעזיצען בילדונג פון א הויכשול אדער האבען גע-ענדיגט א 6-קלאסיגע מיטעל-שולע אדער א פון דער מלוכה אנערקענטע פאכשולע אויף אויסצובילדען האנדווערקער אדער לאנד-וויר-טען, אדער די, וועלכע האבען סמיכות אויף רבנות פון א קא-לעגיום, וואס איז אנערקענט דורכ'ן יודישען אויבער-ראט.

§ 18.

יעדע וואהל-קוריע וועהלט-אויס א גלייכע צאהל בעפאלמעכ-טיגטע. די וואהלען קומען-פאר אין ביידע קוריעס לויט'ן פרינציפ פון פראפארציאנעלע וואהלען.

אלע וועהלער האבען אין זייערע קוריעס דאס גלייכע שטים-רעכט.

די וואהלען זענען געהיימע.

§ 19.

די קהילה-בעפאלמעכטיגטע וועהלען דעם פערוואלטונגס-ראט לויט דעם פרינציפ פון פראפארציאנעלע וואהלען.

§ 20.

די קהילה-בעפאלמעכטיגטע און דער פערוואלטונגס-ראט ווערען אויסגעוועהלט אויף 4 יאהר.

http://rcin.org.pl

§ 21.

אָנצוגעבען אַנ׳אָנקלאַגע לויט פּאַראַגר. 7 געגען די וואַהלען פון די קהילה-בעפאָלמעכטיגטע, האָט דאָס רעכט יעדעס וואַהל-בערעכטיגטע מיטגליעד פון דער קהילה; אַנ׳אָנקלאַגע געגען די וואַהלען פון די מיטגליעדער פון פערוואַלטונגס-ראַט—יעדער קהילה-בעפאָלמעכטיגטער.

§ 22.

דער פערוואַלטונגס-ראַט און די קהילה-בעפאָלמעכטיגטע וועהלען אויס זייערע פאָרזיצענדע און פערטרעטער פון די פאָרזיצענדע לויט דעם פּרינציפּ פון אייינפאַכען רוב-דעות. די וואַהלען דארפען בעשטעטיגט ווערען דורך די אויפזיכטס-מאַכט פון דער מלוכה. אויב די בעשטעטיגונג ווערט דריי מאָל אָבגעזאָגט, דאַן בעשטימט די אויפזיכטס-מאַכט פון דער מלוכה אַליין די פאָרזיצענדע.

§ 23.

די פערזאַמלונג פון די קהילה-בעפאָלמעכטיגטע האָט צו בע-שליסען וועגען די פאָלגענדע ענינים:

1) בעשטעטיגונג פון בודזשעט-פּלאַן;

2) פעסטשטעלען די עטאַטען און אַרויסגעבען פעראָרדנונגען וועגען נעהמען עטאַט-אָבצאָהלונגען און אנדערע אָבגאַבען;

3) מאַכען אָנלייַדעס

4) אויסגאַבען איבער דעם בודזשעט, וואָס זייער סומע בעטרעפט אין דעם יאָהר מעהר פון 3000 מאַרק;

5) די גרינדונג און אויפשטעלונג אָדער גרינדליכע פערענ-דערונג פון די קהילה-אַנשטאַלטען;

6) אַרויסגעבען פאָרשריפטען און סטאַטוטען אין די ענינים פון דער קהילה, וועלכע זענען פאַר אַלע פערפפליכטענד;

7) ענדערונגען אין בעשטאַנד פונ׳ם קהילה-פערמעגען, אין פּלעצער און געביידעס;

8) די וואַהלען פון אַ רב פון דער קהילה;

9) ספּעציעלע אַנגעלעגענהייטען, וואָס די אויפזיכטס-מאַכט

http://rcin.org.pl

פון דער מלוכה אָדער דער פּערוואַלטונגס-ראַט גיבען איבער צו די קהילה-מורשים אויף צו בעאַרבייטען.

די רעזאָלוציאָס פון די קהילה- מורשים אין די דאָזיגע ענינים קומען-פאָר לויט די פאָרשלאַגען פון׳ם פערוואַלטונגס-ראַט. די קהילה- מורשים האָבען דאָס רעכט צו פּראָטעסטירען געגען די גע-שעפטס פיהרונג פון פערוואַלטונגס-ראַט. קאָנען דער פערוואַלטונגס-ראַט און די קהילה-מורשים נישט דורכקומען צווישען זיך, ווערט דער ענין ענטשיידעט דורך דעם אויבער-ראַט.

דער פערוואַלטונגס-ראַט בעטייליגט זיך אין דער זיצונג פון די קהילה- מורשים מיט אַ בעראַטונגס-שטים.

§ 24.

דער פערוואַלטונגס-ראַט פיהרט די גאַנצע פערוואַלטונג פון דער קהילה, אויף וויפיעל די פערוואַלטונגס-אָפּעראַציעס זענען נישט איבערגעגעבען, לויט די געגענווערטיגע פּאַראַגראַפען, אין די הענד פון די קהילה- מורשים.

די ראַבינאַט-בעצירקען.

§ 25.

דער יודישער אויבער-ראַט האָט דאָס רעכט איינצוטיילען די גרויס-קהילות אין עטליכע ראַבינאַט-בעצירקען, מיט דער בע-שטעטיגונג פון דער אויפזיכטס-מאַכט פון דער מלוכה.

יעדער ראַבינאַט-בעצירק מוז האָבען אַ רב, וועלכען די קהילה-מורשים וועהלען מיט אַנ׳איינפאַכען רוב דעות.

אויבערפיהרען אַ רב אין אַנ׳אַנדער ראַבינאַט-בעצירק געגען זיין ווילען קען געשעהען נאָר מיט דער הסכמה פון אויבער-ראַט.

די יודישע קרייז-קהילה.

§ 26.

די קהילות, וועלכע געפינען זיך אין ראַיאָן פון אַ קרייז (פּאָוויאַט), בילדען אַ קרייז-קהילה, דאַביי האָט איהר קראַפט די בעשטימונג אין פּאַראַגר. 14. התחלה 2.

די צענטראַלע מאַכט פון לאַנד קען פעראייניגען עטליכע קרייזען אין איין קרייז-קהילה.

http://rcin.org.pl

די קרייז-קהילה געפינט זיך אין דעם ארט, וואו עס זיצט דער קרייז-שעף, נאר די צענטראלע מאכט פון לאנד האט דאס רעכט צו בעשטימען פאר איהר אנ'אנדער פונקט. אויב די קרייז-קהילה נעהמט-ארום עטליכע פאליטישע קרייזען, ווערט איהר ארט בעשטימט דורך דער צענטראלער מאכט.

§ 27.

די קרייז-קהילה גרינדעט און האלט-אויס אזעלכע אנשטאלטען און אינסטיטוציעס, וועלכע זענען בעמיינזאם פאר די איינוואוינער פון קרייז, בעזונדערס שפיטאלען, יתומים-הייזער און ערציהונגס-אנשטאלטען. די קרייז-קהילה האט די השגחה איבער די טעטיגקייט פון די איינצעלנע קהילות. זי אונטערשטיצט יענע קהילות אין איהר קרייז, וועלכע זענען אליין שוואך צו ארבייטען; זי פערטרעט די אינטערעסען פון דער קרייז-קהילה און פון די איינצעלנע קהילות פאר די קרייז-ארגאנען פון דער מלוכה.

די פערוואלטונג פון דער יודישער קרייז-קהילה.

§ 28.

די פערוואלטונג פון דער קרייז-קהילה ליעגט אין די הענד פון א פערוואלטונגס-ראט. ער בעשטעהט פון 11 מיטגליעדער פון דער יודישער רעליגיאנס-געזעלשאפט, צווישען וועלכע עס מוזען זיך געפינען 3 רבנים.

§ 29.

דריי מיטגליעדער פון פערוואלטונגס-ראט ווערען בעשטימט דורך די אויפזיכטס-מאכט פון דער מלוכה.

פינף וועלטליכע מיטגליעדער און דריי רבנים ווערען געוועהלט דורך וואהל-מענער פון די קהילות, וואס געפינען זיך אין קרייז.

וואהל-מענער פון יעדער קהילה זענען די מיטגליעדער פון איהר פארשטאנד און די פערוואלטונגס-ראטען פון יענע גרויסע קהילות, וועלכע געפינען-זיך נישט דירעקט אונטער דעם אויבער-ראט. אויב דער פערוואלטונגס-ראט פון א קהילה האט מעהר פון 5 מיטגליעדער, קלויבען אויס די בעפאלמעכטיגטע, וואס זענען געוועהלט

פון דער ערשטער וואהל-קוריע און די, וואס זענען געוועהלט פון דער צווייטער קוריע, בעזונדער, צו צוויי וואהל-מענער פון די מיטגליעדער פון פערוואלטונגס-ראט מיט אנ׳איינפאכען רוב-דעות. דער פארזיצענדער פון פערוואלטונגס-ראט, אדער זיין פערטרעטער, אויב ער אליין האט א מניעה, קומט-צו אלס פינפ-טער וואהלמאן.

די וואהלען פון פערוואלטונגס-ראט פון דער קרייז-קהילה קומען-פאר לויט דעם פרינציפ פון פראפארציאנעלע וואהלען. די וואהלען זענען געהיים.

די וואהל-מענער האבען צו 1 וואהל-שטים פאר יעדע 5000 יודישע איינוואוינער פון זייער קהילה. ביים בערעכענען די וואהל-שטימען ווערען די ציפער פון דער יודישער בעפעלקערונג אבגע-רונדיגט צו 5000 ארויף צו.

אלס מיטגליעדער פון פערוואלטונגס-ראט קאנען בעשטימט אדער געוועהלט ווערען נור פערזאנען, וועלכע האבען אין זייערע קהילות דאס פאסיווע וואהל-רעכט. (פאראג. 6).

דער וואהלמאן קען דורך א שריפטליכע פאלמאכט איבער-געבען זיין שטים-רעכט אנ׳אנדערען וואהלמאן.

די מיטגליעדער פון פערוואלטונגס-ראט ווערען געוועהלט און בעשטימט אויף א טערמין פון פיר יאהר.

§ 30.

דער פערוואלטונגס-ראט וועהלט זיך א פארזיצענדען און א וויצע-פארזיצענדען מיט אנ׳איינפאכען רוב-דעות.ביידע מוזען בע-שטעטיגט ווערען דורך דער אויפזיכטס-מאכט פון דער מלוכה. אויב די בעשטעטיגונג ווערט דריי מאל אבגעזאגט, ווערען דער פארזיצענדער מיט זיין פערטרעטער בעשטימט דורך די אויפ-זיכטס-מאכט.

§ 31.

בנוגע די פערטרעטונגס-רעכט פון פערוואלטונגס-ראט אלס פארשטעהער פון דער קרייז-קהילה און די גרינדונג פון קאמיסיעס, זענען ענטשפרעכענד גילטיג די פאראגראפען 10 און 11.

http://rcin.org.pl

§ 32.

יעדער וואהלמאן האט דאס רעכט אין טערמין פון 14 טאג, וועלכער הויבט-זיך-אן פון טאג, ווען דער וואהל-רעזולטאט ווערט עפענטליך פעסטגעשטעלט, אנצוגעבען אנ׳אנקלאגע געגען די וואה-לען פון די מיטגלידער אין פערוואלטונגס-ראט, אויב ער האט א טענה, אז עס זענען נישט אבגעהיט-געווארען די בעשטימונגען, וואס געפינען זיך דא אין דער פעראָרדנונג. די אנקלאגע ווערט אנגעגעבען צום יודישען אויבער-ראט.

§ 33.

דער פערוואלטונגס-ראט דארף אויפשטעלען פאר יעדעס רעכ-נונגס-יאהר א בודזשעט-פראיעקט. ער בעשטימט, וועלכע אבצאהלען די איינצעלנע קהילות דארפען איהם צושטעלען. דער בודזשעט-פראיעקט און די בעשטימונג פון די אבצאהלען מוזען בעשטעטיגט-ווערען דורך דעם אויבער-ראט.

§ 34.

דער פערוואלטונגס-ראט וועהלט אויס פון זיינע מיטגלידער אנ׳ארבייטס-קאמיסיע פאר די לויפענדיגע ענינים.

די ארבייטס-קאמיסיע קען בעפאלמעכטיגט-ווערען פון פערוואל-טונגס-ראט זעלבשטענדיג צו בעהאנדלען געוויסע איינצעלנע טיילען פון דער ארבייט.

דער פארזיצענדער פון פערוואלטונגס-ראט איז גלייכצייטיג פארזיצענדער פון דער ארבייטס-קאמיסיע.

דער יודישער אויבער-ראט.

§ 35.

דער יודישער אויבער-ראט נוצט-אויס די קארפאראציאנס-רעכט, וועלכע געהערען דער רעליגיאנס-געזעלשאפט אלס גאנצע, און רעפרעזענטירט די אינטערעסען פון דעם יודישען כלל פאר דער צענטראל-מאכט פון דער מלוכה. ער האט די השגחה און פיהרט-אן דאס גאנצע טעטיגקייטספעלד פון דער רעליגיאנס-גע-זעלשאפט, אהן דער פגיעה אין דער געוויסענס-פרייהייט פון ד

אײַנצעֶלנעֶ פעֶרזאָנעֶן. קהילות און קולטוס-פעֶראײַנעֶן. עֶר קעֶן שאַפעֶן אינסטיטוציעֶס און גרינדעֶן אַנשטאַלטעֶן, וועֶלכעֶ זעֶנעֶן געֶמײַנזאַם פאַר די יודעֶן פון גאַנצעֶן געֶנעֶראַל-גובעֶרנעֶמעֶנט, אָדעֶר פון אַ גרעֶסעֶרעֶן ראַיאָן. ווײַטעֶר האָט עֶר דאָס רעֶכט צו אונטעֶרשטיצעֶן קהילות, וועֶלכעֶ זעֶנעֶן אַלײַן צו שוואַך צו אַרבײַטעֶן.

§ 36.

דעֶר אויבעֶר-ראַט בעֶשטעֶהט פון 14 וועֶלטליכעֶ מיטגליעֶדעֶר פון דעֶר יודישעֶר רעֶליגיאָנס-געֶזעֶלשאַפט און פון 7 רבנים.

דעֶר אָרט, וואו דעֶר אויבעֶר-ראַט זיצט, איז וואַרשא.

§ 37.

פיער וועֶלטליכעֶ מיטגליעֶדעֶר און צווײ מיטגליעֶדעֶר רבנים פון אויבעֶר-ראַט ווערעֶן בעֶשטימט דורך דעֶר צעֶנטראַלעֶר מאַכט פון לאַנד.

צעֶהן וועֶלטליכעֶ מיטגליעֶדעֶר און פינף מיטגליעֶדעֶר רבנים פון אויבעֶר-ראַט ווערעֶן געֶוועֶהלט דורך וואַהלמעֶנעֶר פון די קרײַז-קהילות און פון די גרויס-קהילות, וועֶלכעֶ שטעֶהעֶן דירעֶקט אונטעֶר דעֶם אויבעֶר-ראַט.

וואַהלמעֶנעֶר זעֶנעֶן די געֶוועֶהלטעֶ מיטגליעֶדעֶר פון די קרײַז-קהילות און די פעֶרוואַלטונגס-ראַטעֶן פון די דירעֶקטעֶ גרויס-קהילות.

אויב דעֶר פעֶרוואַלטונגס-ראַט פון אַ דירעֶקטעֶר גרויס-קהילה האָט מעֶהר פון 8 געֶוועֶהלטעֶ מיטגליעֶדעֶר, דעֶמאָלט וועֶהלעֶן די קהילה-בעֶפאָלמעֶכטיגטעֶ פון דעֶר עֶרשטעֶר און פון דעֶר צווײַטעֶר וואַהל-קוריעֶ, בעֶזונדעֶר, צו 4 וואַהלמעֶנעֶר פון די מיטגליעֶדעֶר פון פעֶרוואַלטונגס-ראַט מיט אַנ'אײַנפאַכעֶן רוב-דעות.

די וואַהלעֶן פון אויבעֶר-ראַט קומעֶן פאָר לויט דעֶם פרינציפ פון פראָפאָרציאָנעֶלעֶ וואַהלעֶן; די וואַהלעֶן זעֶנעֶן געֶהײם.

די וואַהלמעֶנעֶר האָבעֶן צו 1 וואַהל-שטימעֶ פאַר יעֶדעֶ 50 טויזעֶנד יודישעֶ אײַנוואוינעֶר פון זײַעֶר קרײַז-אָדעֶר פון זײַעֶר גרויס-קהילה. בײַם בעֶרעֶכעֶנעֶן די וואַהל-שטימעֶן ווערעֶן די ציפעֶר פון דעֶר יודישעֶר בעֶפעֶלקעֶרונג אָבגעֶרונדיגט צו 50 טויזעֶנד.

אַלס מיטגליעֶדעֶר פון אויבעֶר-ראַט קעֶנעֶן בעֶשטימט אָדעֶר געֶוועֶהלט ווערעֶן נור פעֶרזאָנעֶן, וועֶלכעֶ האָבעֶן אין זײַעֶר קהילה דאָס פאַסיווע וואַהל-רעֶכט (§ 6).

http://rcin.org.pl

דער וואַהלמאַן קען דורך אַ שריפטליכע פאָלמאַכט איבער־געבען זיין שטימרעכט אַן אַנדערען וואַהלמאַן.

די מיטגליעדער פון אויבער־ראַט ווערען געוועהלט און בע־שטימט אויף א טערמין פון 8 יאָהר.

§ 38.

דער אויבער־ראַט וועהלט־זיך אַ פאָרזיצענדען מיט אַ וויצע־פאָרזיצענדען דורך אַן־איינפאַכען רוב־דעות. ביידע דאַרפען בע־שטעטיגט־ווערען דורך דער צענטראַלער מאַכט פון לאַנד. אויב די בעשטעטיגונג ווערט דריי מאָל אָבגעזאָגט, ווערען זיי בעשטימט דורך דער צענטראַלער מאַכט פון לאַנד.

§ 39.

בנוגע די פערטרעטונגס־רעכט פון אויבער־ראַט און די גריינדונג פון קאָמיסיעס זענען ענטשפרעכענד גילטיג די פאַראַגראַ־פען 10 און 11.

§ 40.

יעדער וואַהלמאַן קאָן דערלאַנגען צו דער צענטראַלער מאַכט פון לאַנד אַן־אָנקלאַגע אין אַ טערמין פון 14 טעג, וועלכע הויבט־זיך־אָן פון טאָג, ווען דער וואַהל־רעזולטאַט ווערט פעסטגעשטעלט, געגען די וואַהלען פון מיטגליעדער אין אויבער־ראַט, אויב ער האָט אַ טענה, אַז עס זענען נישט אָבגעהיט־געוואָרען די בעשטימונגען, וועלכע געפינען־זיך דאָ אין דער פעראָרדנונג.

§ 41.

דער אויבער־ראַט דאַרף אויפשטעלען פאַר יעדעס רעכנונגס־יאָהר אַ בודזשעט־פראָיעקט. ער בעשטימט, וועלכע אָבצאָהלען ער האָט צו בעקומען פון די איינצעלנע קהילות אדער קרייז־קהילות.

§ 42.

דער אויבער־ראַט וועהלט־אויס פון זיך אַן־אַרבייטס־קאָמיסיע פאַר די לויפענדע ענינים. די אַרבייטס־קאָמיסיע קען בעפאָלמעכטיגט ווערען פון אויבער־ראַט, זעלבשטענדיג צו בעהאַנדלען איינצעלנע טיילען פון דער אַרבייט.

http://rcin.org.pl

דער פאָרזיצענדער פון אויבער־ראַט איז גלייכצייטיג פאָרזיצענדער פון דער אַרבייטס־קאָמיסיע.

§ 43.

דער אויבער־ראַט קען איבערגעבען די פּערוואַלטונגס־ראַטען פון די קרייז־קהילות די ערלעדיגונג פון די איינצעלנע אויפגאַבען, נאָר ער קען צו יעדער צייט די דאָזיגע פאָלמאַכט אָברופען.

וועגען די קולטוס־פערא̈יינען.

§ 44.

אין יעדער קהילה קענען זיך בילדען קולטוס־פעראיינען מיט'ן צוועק צו גרינדען און אויסהאַלטען שוהלען און אַנדערע רעליגיעזע איינריכטונגען.

די בילדונג פון אַ קולטוס־פעראיין דאַרף בעשטעטיגט ווערען דורך דער אויפזיכטס־מאַכט פון דער מלוכה.

דער קולטוס־פעראיין דאַרף אַריינגעטראָגען ווערען אין די רשימה פון יודישען אויבער־ראַט; דורך דעם בעקומט דער פעראיין קאָרפּאָראַציאָנס־רעכט.

§ 45.

די צענטראַל־מאַכט פון לאַנד קען פערלאַנגען, נאָכ'ן אויסהערען די מיינונג פון אויבער־ראַט, אַז אָרגאַניזאַציעס (חברות א. ד. גל.), וועלכע האַלטען אויס אַ שוהל, צי אַ מנין, זאָלען זיך אָרגאַניזירען אַלס קולטוס־פעראיינען לויט די תקנות פון דער איצטיגער פעראָרדנונג.

§ 46.

די קולטוס־פעראיינען דאַרפען זיך אויסוועהלען אַ רב און פיער פאָרשטאַנדס־מיטגליעדער, וועלכע זאָלען צוזאַמען בילדען דעם פאָרשטאַנד פון פעראיין.

די פערשידענע תקנות וועגען די וואַהלען פון די פאָרשטאַנדס־מיטגליעדער און פון רב, וועגען די רעכטליכע בעציהונג פון רב צום קולטוס־פעראיין, וועגען דעם טערמין, אויף וועלכען זיי ווערען געוועהלט, בעשליסען די מיטגליעדער פון קולטוס־פעראיין אַליין.

http://rcin.org.pl

§ 47.

דער פֿאָרשטאַנד פֿון קולטוס־פֿעראַיין דאַרף אויפֿשטעלען פֿאַר יעדעס רעכנונגס־יאָהר אַ בודזשעט. דער בודזשעט דאַרף, איידער עס הויבט זיך אָן דאָס רעכנונגס־יאָהר, צוגעשטעלט ווערען צום קאָנטראָלירען דעם פֿערוואַלטונגס־ראַט פֿון דער קרייז־קהילה אָדער דער גרויס־קהילה, וועלכע שטעהט דירעקט אונטער דעם אויבער־ראַט.

§ 48.

די צענטראַלע מאַכט פֿון לאַנד קען בעשטימען נאָכ׳ן אויס־הערען די מיינונג פֿון אויבער־ראַט אַז מיטגלידער פֿון קולטוס־פֿעראיינען זאָלען ענטשפּרעכענד בעפֿרייט ווערען פֿון די קהילה־אָבצאָהלען, אויב די אינסטיטוציעס פֿון קולטוס־פֿעראיין זענען ממלא דעם אָרט פֿון קהילה־אינסטיטוציעס, וועלכע פֿעהלען אינגאַנ־צען אָדער זענען נישט גענוגענד, אָדער אויב די מיטגלידער פֿון קולטוס־פֿעראיין קענען מען, לויט׳ן יושר, נישט צורעדען צו בענוצען די קהילה־אינסטיטוציעס, דהיינו, ווען דאָס איז געגען זייער גע־וויסענס־פֿרייהייט.

וועגען די רבנים.

§ 49.

דער אויבער־ראַט אַרבייט־אויס תקנות, אין וועלכע עס ווע־רען פֿעסטגעשטעלט די פּרינציפּען, לויט וועלכע מען קאָן ציגע־לאָזט־ווערען צו אַ כסא־רבנות. די דאָזיגע תקנות דאַרפֿען בעשטע־טיגט־ווערען דורך דער צענטראַלער מאַכט פֿון לאַנד.

אָבגעזעהן פֿון די כללים, וועלכע וועלען זיין בעשטימט אין די תקנות, מעגען צוגעלאָזט־ווערען צו אַ כסא־רבנות בלויז אַזעלכע פּערזאָנען, וועלכע האָבען אַ צייגניש פֿון אַ קאָלעגיום, וואָס איז אָנערקענט דורך דעם אויבער־ראַט, אַז זיי זענען מסוגל צו פֿאַר־נעהמען אַ כסא־רבנות.

דער רב מוז קענען אין וואָרט און שריפֿט די פּוילישע און די יודישע שפּראַכען, סיידען די צענטראַל־מאַכט פֿון לאַנד מאַכט פֿאַר איהם אַן אויסנאַהם.

http://rcin.org.pl

§ 50.

דער אויבער-ראַט פֿיהרט אַ ליסטע פון די קאַנדידאַטען, וועלכע קענען צוגעלאָזט ווערען צו פֿערנעהמען אַ כסא-רבנות.

§ 51.

דער רב מוז זיך מוסטערהאַפט אויפֿפֿיהרען סיי ביי'ם ערפֿילען די פליכטען פון זיין אמט, סיי אין זיין לעבען אויטער'ן אמט, כדי צו פערדינען דעם דרך-ארץ, וואָס מען דאַרף האָבען פֿאַר זיין אַמט.

דעם רב איז פערוועהרט צו פיהרען וועלכע עס איז געשעפטען, אָדער בעטהייליגען זיך אין געשעפטען.

§ 52.

בלויז די רבנים פון די קהילות און פון די קולטוס-פֿער-איינען מעגען ערפֿילען אַזעלכע ענינים, וועלכע געהערען צו אַ רב. דער אויבער-ראַט קאָן ערלויבען אויסנאַהמען.

§ 53.

דער אויבער-ראַט גיט-אַרויס אַ דיענסט-אינסטרוקציע און אַ דיסציפלינאַר-פֿעראָרדנונג פֿאַר רבנים, אויך אַ פֿעראָרדנונג וועגען זייערע געהאַלטען און פענסיעס און וועגען דער פֿערזאָרגונג פון זייערע אַלמנות און יתומים.

די ביידע פעראָרדנונגען מוזען בעשטעטיגט ווערען דורך דער צענטראַלער מאַכט פון לאַנד.

§ 54.

מגידים און מסיפים (פרעדיגער), וועלכע דער אויבער-ראַט אַנערקענט, אַז זיי האָבען רבנישע בילדונג, דאַרפֿען, לויט דער דאָזיגער פעראָרדנונג, בעטראַכט-ווערען אַלס רבנים.

וועגען די רבנים פון די קהילות.

§ 55.

אויסער דעם רב פון דער קהילה, וואָס יעדע קהילה און

http://rcin.org.pl

גרויס-קהילה מוז זיך נעהמען, און וועלכער געהערט, לויט זיין אמט, צום פארשטאנד פון דער קהילה, אדער צום פערוואלטונגס-ראט פון דער גרויס-קהילה, קען יעדע קהילה און גרויס-קהילה נעהמען זיך נאך רבנים.

זיי ווערען געוועהלט אויף דעם זעלבען אופן, ווי דער קהילה-רב.

זיי געהערען אבער נישט לויט דעם אמט צו די פערוואל-טונגס-ארגאנען פון זייער קהילה, נאר געוועהלט ווערען אין די דאזיגע ארגאנען מעגען זיי יא.

§ 56.

די וואהל פון א רב דארף בעשטעטיגט ווערען דורך דעם יודישען אויבער-ראט. צוליעב די רעליגיעזע אדער פאליטישע מיי-נונגען פון רב טאר מען די בעשטעטיגונג נישט אבזאגען.

§ 57.

די רבנים ווערען גענומען פון די קהילות אויף זייער גאנץ לעבען. זיי קענען אבגעזאגט ווערען בלויז דורך דער צענטראלער מאכט פון לאנד, אויף דעם פארשלאג פון אויבער-ראט, לויט די בעשטימונגען פון דער דיסציפלינאר-פערארדנונג (פאראגר. 53).

1) ווען דער רב איז נישט פעהיג צו ערפילען די פליכ-טען פון זיין אמט; דאביי מעג ער האבען טענות אויף פענסיע.

2) ווען דער רב פערשולדיגט זיך אין אזא זאך, וועלכע איז געגען דער ווערדע אדער די פליכטען פון זיין שטאנד.

§ 58.

דער רב פון דער קהילה האט די אויפזיכט איבער די רע-ליגיעזע אינסטיטוציעס, די כלי-קודש, די רעליגיאנס-לעהרער און שוחטים אין דער קהילה, און אין א גרויס-קהילה, וואס איז איינ-געטיילט אין עטליכע ראבינאט-בעצירקען, האט עס יעדער רב אין זיין בעצירק. דער רב האט דאס אויסשליסליכע רעכט מסדר צו זיין קדושין און גיטין אין זיין קהילה — דאביי בלייבען אבגעהיט די רעכט פון די רבנים פון די קולטוס-פעראיינען (פאראגר. 59). ער האט די פליכט צו האלטען יעדען שבת און יום-טוב דרשות.

http://rcin.org.pl

שוחטים מעגען זיין בלויז אזעלכע פערזאנען, וואס האבען אויף דעם א שריפטליכע קבלה פונ׳ם רב פון דער קהילה.

אויב די קהילה האט געגומען, אויסער דעם קהילה-רב, נאך אנדערע רבנים, ווערט רעגוליערט דאס טעטיגקייטס-פעלד פון די איינצעלנע רבנים, בעזונדערס, וואס אנבעלאנגט די פליכטען פון דער השגחה, דורך א דיענסט-אינסטרוקציע פון דער קהילה. די דיענסט-אינסטרוקציע דארף בעשטעטיגט ווערען דורך דעם אויבער-ראט.

וועגען די רבנים פון די קולטוס-פעראיינען.

§ 59.

די השגחה איבער די רעליגיעזע אינסטיטוציעס און די כלי-קודש פון א קולטוס-פעראיין געהערט דעם רב פונ׳ם קולטוס-פעראיין (פאראגר. 46). דאס זעלבע איז אויך מיט דער השגחה איבער די רעליגיאנס-שולען, וואס דער קולטוס-פעראיין גרינדעט (נאר די רעכט פון אויפזיכטס-מאכט פון דער מלוכה מוזען אבגעהיט ווערען), אויך מיט די קבלות פאר די שוחטים פון קולטוס-פעראיין און מיט דער השגחה איבער זיי.

דער רב פון קולטוס-פעראיין האט דאס רעכט מסדר צו זיין קדושין און גיטין ביי די מיטגליעדער פון זיין פעראיין אדער ביי זייערע קינדער.

די פארשריפטען פון ציוויל-שטאנד ווערען דורך דעם ניט בעריהרט.

וועגען דער פינאנץ-ווירטשאפט.

§ 60.

קהילות, קרייז-קהילות און דער יודישער אויבער-ראט זענען בערעכטיגט, פון זייערע בעדערפעניסען וועגען, אויף וויפיעל זיי ווערען ניט געדעקט דורך הכנסות פון דעם פערמעגען, און בעזונדערס פון אינסטיטוציעס און פונדאציעס אדער דורך ספעציעלע הכנסות, צו נעמען פון די מיטגליעדער פון דער רעליגיאנס-געזעלשאפט אבצאהלונגען און שטייערן, דהיינו: שטייערן פון הכנסה און פערמעגען.

http://rcin.org.pl

אויף איינצופיהרען אָדער ענדערן אָבצאָהלונגען און שטייערן מוז מען האָבען די בעשטעטיגונג פון דער צענטראַל-מאַכט פון לאַנד.

מיט הסכם פון אויבער-ראַט קענען קהילות, גרויס-קהילות און קרייז-קהילות אַרויפלעגען אַ ספּעציעלען אָבצאָהל אויף צו דעקען דרינגענדע אויסגאַבען, וועלכע זענען נישט פאָרגעזעהען אין בודזשעט-פלאַן.

דאָס זעלבע רעכט האָט דער אויבער-ראַט, מיט דעם הסכם פון דער צענטראַל-מאַכט פון לאַנד.

די ביז-העריגע תקנות וועגען דער העכסטער נאָרמע פון די סטאַט-אָבצאָהלונגען און וועגען דעם, אַז די פאָרשטאַנדען פון די קהילות זענען פריי פון אָבצאָהלונגען, ווערען אָבגעשאַפט.

די צענטראַל-מאַכט פון לאַנד לאָזט אַרויס אַ בעזונדערע שטייער-אָרדינאַציע וועגען דעם סטאַט, שטייערען און אָבצאָהלונגען, וועגען דעם, ווי אַזוי מען זאָל זיי נעהמען, ווי מען זאָל פערוואַלטען מיט זיי און ווי אַזוי מען זאָל אויפמאָהנען מיט צוואַנג ביי די, וועלכע שפּעטיגען זיך מיט'ן צאָהלען.

§ 61.

די קולטוס-פעראיינען נעהמען פון זייערע מיטגליעדער אָבצאָהלונגען לויט אַ פרייען אָבמאַך. די פערפליכטונג צו צאָהלען די דאָזיגע אָבצאָהלונגען פאַסט זיך צו צו די בעשטימונגען פון ציוויל-רעכט.

וועגען דער אויפזיכטס-מאַכט פון דער מלוכה.

§ 62.

אויפזיכטס-מאַכט פאַר די קהילות און גרויס-קהילות איז דער קרייז-שעף.

אויפזיכטס-מאכט פאַר קרייז-קהילות, וועלכע נעהמען אַרום בלויז איין קרייז, איז דער קרייז-שעף. אויפזיכטס-מאַכט פאַר קרייז-קהילות, וואָס נעהמען אַרום עטליכע קרייזען, ווערט בעשטימט דורך די צענטראַל-מאַכט פון לאַנד.

אויפזיכטס-מאַכט פאַר דער גאַנצער יודישער רעליגיאָנס-

געזעלשאַפט אַלס אַלגעמיינע אָרגאַניזאַציע איז די צענטראַל-מאַכט פֿון לאַנד.

די רעכט פֿון דער צענטראַל-מאַכט, אויפ'ן גרונד פֿון דער פֿעראָרדנונג, האָט דער פֿערוואַלטונגס-שעף ביי'ם וואַרשעווער גע-נעראַל-גובערנעמענט.

די אויפזיכטס-מאַכט האָט דאָס רעכט צו שיקען אַ קאָמיסאַר צו אַלע זיצונגען פֿון די קהילה-פֿאָרשטאַנדען, צו די פֿערזאַמלונגען פֿון די קהילה-בעפֿאָלמעכטיגטע, פֿערזאַמלונגס-ראַטען פֿון די גרויס-קהילות, אויך צו די זיצונגען פֿון אויבער-ראַט.

§ 63.

די געניערע תקנות וועגען דורכפֿיהרען די וואַהלען, וועלכע דאַרפֿען פֿאָרקומען אויפ'ן גרונד פֿון דער איצטיגער פֿעראָרדנונג, גיט-אַרויס די צענטראַל-מאַכט פֿון לאַנד.

די פֿעראָרדנונג וועגען דורכפֿיהרען די וואַהלען רעגולירט בעזונדערס אויך די פֿראַגע וועגען קאַנדידאַטען אויף דעם אָרט פֿון פֿערוואַלטונגס-מיטגלידער, וועלכע טרעטען אַרויס פֿאַר דער צייט.

וועגען רעכט אויף אָנקלאַגעס.

§ 64.

אַרויסצוגעבען אַ פּסק מכח אָנקלאַגעס אויף פֿעראָרדנונגען, תקנות און געשעפֿטס-פֿיהרונג פֿון די פֿערוואַלטונגס-אָרגאַנען, וואָס עקזיסטירען אויפ'ן גרונד פֿון דער איצטיגער פֿעראָרדנונג, זענען קאָמפּעטענט, אין דעם אינסטאַנצען-וועג און אָהן בעגרענצונג פֿון רעכט פֿון ווייטערע אָנקלאַגעס: די פֿערוואַלטונגס-אָרגאַנען, וואָס זענען לויט דער איצטיגער פֿעראָרדנונג העכער איבער די אַנדערע. יעדע אָנקלאַגע מוז אַנגעגעבען און מאָטי-ווירט ווערען שריפֿטליך. די אָנקלאַגע קען נישט אויפֿהאַלטען דעם ענין.

די אינסטאַנץ פֿון דער אָנקלאַגע קען אָבער אויף דערווייל פֿעראָרדנען אָבצושטעלען די אויספֿיהרונג פֿון דעם ענין, געגען וועלכען די אָנקלאַגע איז געווענדעט.

די רעזאָלוציע וועגען די אָנקלאַגעס דאַרף זיין שריפֿטליך.

http://rcin.org.pl

שטראָף-בעשטימונגען.

§ 65.

אויף וויפיעל לויט'ן קריעגסרעכט אָדער די אַלגעמיינע שטראָפגעזעצען קומט נישט קיין הארבערע שטראָף, ווערט בע-שטראָפט מיט געלד-שטראָף ביז 100000 מארק אָדער מיט תפיסה ביז 6 מאָנאַטען:

1) ווער עס זאָגט זיך אָב אָהן א גרונד, אָנצונעהמען די בעשטימונג אָדער די וואַהל אויף אַנ'אמט אָדער מאַנדאַט, וועלכע זענען פאָרגעזעהען אין דער איצטיגער פערזאָרדנונג, צו ערפילען די פליכטען, וועלכע פאַלען אויף איהם דורך די בעשטימונג אָדער דורך די וואהל. ווען עמיץ זאָגט זיך אָב כסדר, קען די שטראָף אַזוי פיעל מאָל איבערגע'חזר'ט ווערען ביז די פאָדערונג פון דער אויפזיכטס-מאַכט וועט ערפילט ווערען;

2) ווער עס העצט אָדער אַגיטירט אַנדערע אין וואָרט, שריפט, אָדער דרוק, צו שטעלען זיך געגען דער אויספיהרונג פון דער איצטיגער פעראָרדנונג;

3) ווער עס ערפילט די טעטיגקייט פון אַ רב געגען די תקנות פון די פאַראַגר. 52 און 58, אָדער איז מסדר קדושין און גיטין, וועלכע געהערען נישט צו איהם.

די דאָזיגע שטראָפען ווערען אַרויפגעלעגט דורך שריפטליכע פעראָרדנונג פון דער אויפזיכטס-מאַכט פון דער מלוכה.

איבערגאַנגס-פאָרשריפטען.

§ 66.

ביז עס וועלען אַרויסגעגעבען ווערען וויטערדיגע תקנות דורך דער אויפזיכטס-מאַכט בלייבען עקזיסטירען די ביז-הערינע קהילות און זייערע פאָרשטאַנדען בלייבען ביי זייער אַמט.

§ 67.

ביז עס וועלען פאָרקומען וואַהלען פון די פערוואַלטונגס-ראַטען פון די קרייז-קהילות און פון יודישען איבער-ראַט, פיהרט אויס זייערע רעכט די אויפזיכטס-מאַכט פון דער מלוכה.

§ 68.

דער איבער-ראַט פסק'עט, ווי ווייט די צוויינגישען, אַז מען

http://rcin.org.pl

איז פעהיג צו כסא-רבנות און צו טראגען דעם טיטול רב, וועלכע זענען אויסגעשטעלט פאר דעם ארויסגעבען די איצטיגע פעראָרדנונג, בעגרינדען סאקי די רעכט פון די פאראגר. 17 און 49.

פאראגר. 49, התחלה 3, איז נישט חל אויף די פערזאָנען, וועלכע האָבען פערנומען די שטעלעס פון רבנים, איידער די איצטיגע פעראָרדנונג איז ארויסגעגעבען געוואָרען.

.69 §

ביז צו דער איינפיהרונג פון דער שטייער-אָרדינאציע פאסס זיך דאָס שטייערוועזען פון די יודישע קהילות צו די ביז-העריגע געזעצען, פעראָרדנונגען און טראדיציעס, נאר די אויפזיכטס-מאכט פון דער מלוכה קען ענדערען די דאזיגע בעשטימונגען.

נאָך איידער די שטייער-אָרדינאציע וועט ארויסגעגעבען ווערען, מעגען די קרייז-קהילות און דער אויבער-ראט מיט הסכם פון אויפזיכטס-מאכט פון דער מלוכה נעהמען אבצאהלונגען און שטייערן.

די קהילות, די קרייז-קהילות און דער אויבער-ראט מעגען, ווי לאנג דער קריעג דויערט, אונאבהענגיג פון די אלגעמיינע אָבצאָהלונגען, נעהמען, מיט הסכם פון דער אויפזיכטס-מאכט, ספעציעלע שטייערן פון פערזאָנען מיט א פערמעגען פון 200 טויזענד מארק אדער איינקופסט פון מעהר ווי 15 טויזענד מארק.

אויספיהרונגס-פאָרשריפט.

.70 §

די אויספיהרונג פון דער איצטיגער פעראָרדנונג ווערט איבערגעגעבען דעם פערוואלטונגס-שעף ביי'ם ווארשעווער גענעראל-גובערנעמענט; ער גיט-ארויס די אויספיהרונגס-פאָרשריפטען, וועלכע וועלען נויטיג זיין.

ווארשא, 1 נאָוועמבער 1916.

נענעראל-גובערנער
פאָן בעזעלער.

INSTYTUT
BADAŃ LITERACKICH PAN
BIBLIOTEKA
00-330 Warszawa, ul. Nowy Świat 72
Tel. 26-68-63
http://rcin.org.pl

http://rcin.org.pl

Deutsche Staatsdruckerei Warschau. 7411

http://rcin.org.pl

http://rcin.org.pl

F
22.757

http://rcin.org.pl